

› **De nihilo nihil**

... von Nichts kommt nichts – schon gar kein Beinh-Bankrott der Sachsen LB **Seite 3**

› **Zum Erfolg verdammt**

Licht und Schatten im Leipziger City-Tunnel **Seite 4**

› **Demokratieexport nicht machbar**

Scholl-Latours „Russland im Zangengriff“ **Seiten 8/9**

› **1987: Roter Teppich in Bonn**

Erich Honecker und Kohl als Pragmatiker **Seite 12**

› **Fidel als „Kriminalreporter“**

Wovon Sportmafiosi träumen und wobei kubanische Boxer nicht mitspielen **Seite 13**

18
2007

1,30
Euro

15. Jahrgang
7. September

www.
leipzigs-neue.de

Nur 1 Euro
im Abo

In schlechten Zeiten muss man sich von seinem „Tafelsilber“ trennen. In der Zeit nach dem 2. Weltkrieg konnte von Glück reden, wer dergleichen zum Tausch gegen Lebensmittel oder andere lebensnotwendige Dinge anbieten konnte. Man lebte von der Hand in den Mund. Viele Dinge haben so den Besitzer gewechselt. Bis zum Verkauf nichts mehr da war.

In dieser Hinsicht mag man eine Parallele zu heute ziehen: Auch heute wechseln viele Dinge den Besitzer – zum Beispiel Stadtwerke, Wasserwerke und Wohnungsgesellschaften.

Sie werden verkauft, weil vermeintlich nichts anderes mehr zum „Konsumieren“ und zur Tilgung der „erdrückenden“ Schuldenlast übrig bleibt. Nur, was dann?

Sicher, niemanden kann ein Schuldenberg von 900 Mio. Euro, der allein bei der Stadt Leipzig aufgelaufen ist, sorgenlos in die Zukunft schauen lassen. Das eine oder andere Großprojekt der Stadt (wenn auch oft hoch bezuschusst), aber vor allem die Unausgewogenheit von kommunalen Pflichtaufgaben einer Großstadt wie Leipzig und deren Finanzierung haben zu dieser Situation geführt.

Um schnelle Abhilfe zu schaffen, gibt es ein beliebtes Patentrezept: Privatisierung.

Teilweiser oder vollständiger Verkauf kommunaler Unternehmen und Betriebe, „Beteiligungen“, wie es so schön heißt, „Tafelsilber“ eben.

In Leipzig geht es zunächst um einen Anteilsverkauf der Stadtwerke Leipzig GmbH (SWL). Laut OBM steht dabei die Suche nach einem „strategischen Partner“ im Vordergrund und es handelt sich ja „nur“ um 49,9% der Anteile. Allein dieser Plan wirft zahlreiche Fragen auf:

Hat ein Anteilseigner mit 49,9% nicht praktisch ein Vetorecht in allen wichtigen Entscheidungen? Welcher der Bieter hat wirklich ein Interesse an starken, eigenständigen Stadtwerken, die sich mit speziellen Dienstleistungen und mit regenerativer Energieerzeugung profilieren? Wird bei der Steuerung der Stadtwerke über den Aufsichtsrat nicht zu befürchten sein, dass ein privater Anteilseigner am Tisch den bereits nicht übermäßig ausgeprägten Hang zu Transparenz und demokratischer Kontrolle eher dämpfen wird? Es gibt für diese Fragen bereits Antworten, man muss nicht einmal nach Berlin oder Düsseldorf schauen, sie sind schon in Leipzig beantwortet worden. Schließlich ist es nicht so lange her, dass

Erfolgreicher Auftakt des Bürgerbegehrens gegen den Verkauf der Leipziger Stadtwerke

Warum den Ausverkauf stoppen?



Am Abend des 3. September hatten bereits 1500 Leipziger das Begehren mit ihrer Unterschrift unterstützt. Neben Kabarettist Gunter Bönke, Ver.di-Sekretärin Ines Jahn und Pfarrer Christian Führer wies auch der ehemalige technische Geschäftsführer der Stadtwerke Leipzig, Wolfgang Hennig auf die wichtige Rolle des Unternehmens für die Stadt hin. Foto: Eilzer

die MEAG (envia-m) bzw. RWE an den Stadtwerken beteiligt waren. Weder die versprochenen Arbeitsplätze kamen nach Leipzig noch nutzten diese „strategischen Partner“ der Entwicklung der SWL.

Es scheint recht offenkundig, dass der OBM und die Fraktionen, die er um sich scharen kann, mit dem Erlös (man spricht von 350 Mio. Euro) den Haushalt kurzfristig konsolidieren und die Schuldenlast verringern möchten (112 Mio. Euro Rückzahlung). Aber es soll nicht dabei bleiben: Schon 2008 soll die städtische Holding LVV umgebaut und teilverprivatisiert werden. Bereits der Anteilsverkauf der SWL gefährdet durch den Gewinnausfall in Höhe von ca. 25 Mio Euro die Querfinanzierung der LVB. Ein Verkauf von Anteilen der LVV darüber hinaus würde wesentliche Teile der kommunalen Daseinsvorsorge privaten Gewinninteressen unterwerfen. Kein Konzern will Geld nach Leipzig tragen! Dienstleistungen wie Nahverkehr und Wasser-/Abwasserversorgung müssen nun einmal erbracht werden und sie stellen in der Regel natürliche Monopole dar. Nach allen Regeln der Betriebswirtschaft wollen Unternehmen, die in diesen Segmenten tätig sind, Gewinne machen.

Wenn selbige nicht mehr den Leipzigerinnen und Leipzigern gehören, fließen diese Gewinne aus der Stadt ab. Und wenn – wie beim öffentlichen Nahverkehr – ein angemessener Preis nur mit Subventionen zu halten ist, werden die Bürgerinnen und Bürger der Stadt diese aufbringen müssen. Dabei macht es schon einen Unterschied, ob sie zusätzlich Gewinne für einen privaten Teilnehmer finanzieren müssen oder nicht. Ganz abgesehen davon, dass bei (auch nur teilweiser) Privatisierung die wichtigen Entscheidungen nicht mehr in unserer Stadt getroffen werden, sondern in Konzernzentralen anderswo bzw. nach Finanzmarktkriterien.

Es geht um die notwendig zu erbringenden Versorgungsaufgaben der Stadt und eben nicht um „Tafelsilber“. Wenn die kommunale Daseinsvorsorge privatisiert wird, müssen wir – um im Bild zu bleiben – für den Teller, von dem wir essen, auch noch bezahlen. Deshalb: Stoppt den Ausverkauf unserer Stadt! (www.buergerbegehren-leipzig.de)

• WOLFGANG FRANKE

Weltfriedenstag – welch ein Wort angesichts des Mordens, Raubens, Tötens in dieser Welt. Und trotz des Gefühls gegen die Macht der Rüstungskonzerne nichts ausrichten zu können, waren viele gekommen, dem Aufruf des 4. Leipziger Friedensforums zum eigenen Handeln und zum Zusammenwirken gefolgt.

Der sonst so grau-geschäftsmäßig wirkende Burgplatz füllte sich mit großen und kleinen Menschen. Über 25 Bürgervereine, Gewerkschaften, Parteien mit ihren Ständen rund um den Platz gaben ihren Forderungen mit Plakaten, Handzetteln und in Gesprächen mit Bürgern Ausdruck. Ein buntes wunderbares Bild, das Hoffnung aufkommen lässt: Die Menschen dieser Stadt kommen sich wieder näher in ihrem Willen zum Leben, zum Überleben. Der vernebelnde Macht- und Konsumvorhang reißt auf, die internationale Lage, aber auch die unsere in Europa, in Deutschland wird deutlicher, klarer. Frieden, Friedensbekenntnis, gleichzusetzen mit Bekenntnis zum Leben auch noch für unsere Kinder und Enkelkinder auf diesem schon so geschundenen Planeten erfordert ja schon Mut.

Die Kinder des Kinderchores der Leipziger Oper unter der Leitung von Sophie Bauer sangen, ließen Tauben als Symbol des Friedens aufsteigen, und auch wir auf dem Burgplatz schickten unsere Wünsche nach Frieden mit ihnen in alle Kriegsregionen, zu den Armen und Darbenden dieser Welt, auch zu den verzweifelten Menschen Griechenlands.

Erinnern und mahnen sollten die Beiträge auf dem Podium, Mut machen jedem Bürger in dieser Stadt, sich gegen Gewalt, Fremdenhass und Kriege einzusetzen. Schreibende Senioren wollen als Zeitzeugen in die Schulen gehen, um über ihre Kriegskindheit zu berichten. Schüler aus Schönefeld span-

Weltfriedenstag



Der Kinderchor des Opernhauses Leipzig sang unter Leitung von Sophie Bauer Lieder für den Frieden, Tauben und Luftballons stiegen auf

Fotos: Märker/Eiltzer

ten eine Leine mit ihren Texten und Bildern gegen die große und kleine, äußere und innere Gewalt. Stefanie, die 15jährige klagte mit ihrem Gedicht die Zuwendung, das Hin- und Her, die Zukunft ohne Gewalt ein. Die Gruppe Friedensweg startete zur Fahrradtour als Protest gegen Landminen und Rüstungsproduktion. Dr. Christel Hartinger und Ute Singer berichteten über die mutige Clara Zetkin, riefen auf zur Unterstützung der Waldkircher Erklärung.

Plakatausstellung, Transparente, Regenbogenfahnen, Luftballons. Rundum auf dem Platz als lebendige Mahnung die Kleinsten, die sich vor dem Podium zu den Liedern wiegten, mit zarten Händen liebevoll die wartenden Tauben in den Kästen streichelten und strahlend ihre Luftballons mit der Friedenstaube trugen.

Besinnen auf den Weltfriedenstag, auf den Beginn des Zweiten Weltkrieges mit all seinen Grausamkeiten, seiner Unmenschlich-

keit, Hinweise auf die Gefahr der wieder aufkeimenden braunen Gewalt auch am Abend im Festsaal des Neuen Rathauses zu dem auch der Oberbürgermeister Burkhard Jung seiner tiefen Besorgnis Ausdruck gab. Acht bekannte Schriftsteller Leipzigs, unter ihnen Andreas Reimann und Adel Karasholi, lasen aus ihren Werken. Mahnung auch hier, sich gemeinsam gegen Gewalt, Krieg und Zerstörung zu stellen.

Junge Musiker beeindruckten mit ihrem Vortrag der eigens für diesen Anlass geschaffenen Komposition von Simone Weibelfels.

Viele Wünsche zum Mitwirken für das nächste Jahr sind schon im Friedenszentrum, beim Aktionskreis gegen Rechts und beim Verein Courage zeigen eingegangen, die für die Vorbereitung verantwortlich waren. Wir wünschen uns eine viel größere Beteiligung am Wirken für den Frieden, er geht uns alle an.

• MARLE

Mc-AWO in Sachsen?

26 Prozent weniger Lohn für Arbeiterwohlfahrt

LN. „Das ist kein Angebot, das ist ein Affront“, empört sich Ver.di-Verhandlungsführer Jürgen Wörner über die Zumutung der Arbeiterwohlfahrt (AWO), die Einkommen ihrer Beschäftigten um bis zu 26 Prozent zu kürzen. Die AWO, die sich bundesweit zwar für einen Mindestlohn von 7,50 Euro einsetzt, wolle ihre Mitarbeiter in Sachsen offenbar in die ergänzende Sozialhilfe treiben.

Nach der 6. Verhandlungsrunde Ende August lag die bis zu 26-prozentige Lohnkürzung vor, eine Besitzstandsregelung soll die Auswirkungen abbildern. Allerdings sieht der Tarifentwurf der Arbeitgeberseite auch den Wegfall aller Zuschläge und Zulagen sowie des Urlaubsgeldes vor. Das Weihnachtsgeld soll von 64 auf 45 Prozent des Einkommens gesenkt werden. Und der versprochene Besitzstand soll bei künftigen Tarifierhöhungen zu 100 Prozent abgeschmolzen werden. Das würde, so der Ver.di-Funktionär, für die AWO-Belegschaft massive Verschlechterungen und auf Jahre hinaus und zugleich stagnierende Einkommen bedeuten. Man werde jetzt „intensiv über Warnstreiks und eine Urabstimmung nachdenken“.

Die Verhandlungen für die 4300 Beschäftigten sollen zunächst am 6. und 7. September fortgesetzt werden.

Topverdiener der Dax-Manager

Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann bekam 2006 insgesamt 13,21 Millionen Euro – elf Prozent mehr als im Vorjahr. Henning Kagermann, Chef des Softwarekonzerns SAP, gönnte sich ein Plus von mehr als 49 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Er kam 2006 auf ein Jahresgehalt von 9,03 Millionen Euro. Metro-Chef Hans-Joachim Körber verdiente im vergangenen Jahr 4,67 Millionen Euro – 56,71 Prozent mehr als 2005. Der Vorstandsvorsitzende des Chemie- und Pharmakonzerns Bayer, Werner Wenning, begnügte sich dagegen mit einer mageren Gehaltserhöhung von nur rund 9,5 Prozent. Er verdiente 2006 3,47 Millionen Euro.

Noch nicht an der Börse, aber auch ganz schön habgierig: Der Vorstand der Deutschen Bahn AG mit Mehldorn an der Spitze erhöhte seine Einnahmen um rund 62 Prozent.



Leipziger und sächsischer Arbeitsmarkt im August

Ferierendelle? Arbeitslosenzahlen steigen

Zuerst eine Richtigestellung von Medieninformationen. Am Berichtstag, dem 30. August, hieß es in den MDR-Abendnachrichten zwar, dass die Arbeitslosenzahlen in Deutschland und auch im Osten gesunken seien. Verschwiegen wurde, dass dies nicht auf alle drei Länder des Sendegebietes zutrifft, wo sie um knapp 5000 stiegen. Vom Sinken war am selben Tag auch in der hiesigen Abo-Tageszeitung die Rede. In Leipzig kann jedoch keine Rede davon sein. Da könnte unsererseits schon sauer werden, wenn Journalisten mit hohem Einkommen die „Massen“ derart täuschen.

Agenturchef Steinherr gab 65 084 Arbeitslose bekannt, über 5600 weniger als 2006. Gegenüber Juli aber sind es knapp 1000 mehr. Begründet wurde dies mit dem (wie schon im Juli) erneuten Zustrom junger Leute (1287), die nach der Ausbildung nicht übernommen wurden. Bei den über 50-jährigen sank die Zahl um 421. Erkennbar wird, dass sich der Abstand bei der Arbeitslosigkeit zum Vorjahr – im März betrug er fast 11 000 – jetzt halbiert hat und diese Dynamik an Schwung einzubüßen scheint. Der Stellenzugang legte zum Juli erfreulich um 684 zu. Dennoch, die Rahmenbedingungen der Wirtschaft sind nicht günstig genug, um noch mehr Angebote zu machen. Sie betragen 6279 – 20 % weniger als vor einem Jahr. Auch der Zustrom seit Jahresanfang ist um 15 % rückläufig! Weiterhin sind die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik in allen Punkten gekürzt worden. Bei den Ausbildungsstellen hat sich nichts Wesentliches verändert. Die Zahl liegt mit 3423 um 991 über dem Vorjahr. Aber es gibt 10 155 Bewerber, etwa soviel wie 2006. Die Aktivitäten sind darauf orientiert, die nicht Versorgten in Hilfsmaßnahmen unterzubringen.

Im Vergleich zum Westen stehen wir wiederum wesentlich schlechter da! Auch von der ARGE kam nichts Neues. Verfestigung aller Zahlen seit Monaten auf hohem Niveau und viel ungelöste Probleme. Auch auf Freistaatsebene kippte die positive Entwicklung der Vormonate um und bescherte einen Anstieg der Arbeitslosenzahl um 2221 auf 312 524 Menschen. Gegenüber 2006 ein Minus von 40 674. Die im Irgarten der Statistik Verschwundenen erschließen sich mir nicht.

• J. SPITZNER

Charme und Flair von Connewitz erhalten

LN. Als Leipziger Wahlkreisabgeordnete spricht sich Stefanie Götze, DIE LINKE, gegen Planungen aus, am Connewitzer Kreuz einen zweiten Einkaufsmarkt zu errichten, weil es in unmittelbarer Nähe bereits einen Rewe-Markt gibt. Nur wenig entfernt, in der Bornaischen Straße, wird derzeit ein weiterer Lebensmittelmarkt gebaut. Außerdem soll auch noch ein Discounter in der Windscheidstraße öffnen.

„Angesichts sinkender Durchschnittseinkommen und steigender Lebenshaltungskosten ist ein Verdrängungswettbewerb zu erwarten, der sich nicht nur negativ auf umliegende Einkaufsstraßen auswirkt“, so Götze. Die Stadträtin befürchtet, dass sich ein Trend in Conne-

witz fortsetzt: der geplante und glücklicherweise verhinderte Abriss eines Gründerzeithauses für die Erweiterung des Rewe-Marktes, der Abriss des denkmalgeschützten Klinkerbau am Wiedebachplatz für die Errichtung eines Supermarktes, der geplante Abriss des „Lazy Dog“ für die Schaffung von Stellplätzen für besagten Supermarkt und nicht zuletzt die jetzigen Pläne, am Connewitzer Kreuz noch einmal enorme Verkaufsflächen für einen zweiten Rewe-Markt zu schaffen. Deshalb fordert die Stadträtin, diesen Abrisstrend zu stoppen. Im Interesse des Charmes und Flairs von Connewitz müsse eine verträgliche Gestaltung des Connewitzer Kreuzes durchgesetzt werden.

Konzept zur ARGE-Zukunft

LN. Für Zukunft der ARGE bahnt sich offenbar innerhalb des Stadtrates eine ganz große Koalition an, so Stadtrat Wolfgang Denecke (DIE LINKE). Selbst bei Bündnis 90/Die Grünen und in der SPD-Fraktion werde laut über eine Kommunalisierung der Betreuung der Langzeitarbeitslosen nachgedacht. Auch wenn die strukturel-

len Mängel der ARGE bis hin zur unterschiedlichen Bezahlung der Mitarbeiter auch Folgen des faulen Kompromisses der damaligen rot-grünen Bundesregierung mit der Bundestagsfraktion der Union sind, so stünden die Kommunen trotzdem in der Verantwortung.

Denecke fordert von der Leipziger Verwaltungsspitze ein klares Konzept zur Zukunft der ARGE im Interesse der Langzeitarbeitslosen zu erarbeiten.

So mangelhaft meine Lateinkenntnisse ja sein mögen, dieses *de nihil, lo nihil*, was im Umgangssprachlichen so viel heißt wie *von Nichts kommt nichts*, geht mir dieser Tage ständig im Kopf herum. Schließlich: Schon gar nicht fällt eine Bankenkrise, wie die sehr ausgewachsene der Sachsen-Landesbank einfach so vom Himmel. Und deshalb hab ich mein Lateinwissen etwas vertieft und die zum Sprichwort gewordene Lucretius-Erkenntnis auf ihren Ursprung zurückverfolgt. Und da heißt es recht materialistisch bei besagtem Altvorderen: „Nichts den Menschen Bedrohendes kann aus dem Nichts durch die Kraft der Götter entstehen.“ Klar doch, könnte ein Wesen, das man auch noch „lieber Gott“ nennt, soviel Mist bauen? – Einem seiner Anbeter jedenfalls, dem Ministerpräsidenten Georg Milbradt (Ökonomieprofessor und einstiger sächsischer Finanzminister!), ist die Landespolitik nun völlig aus den Händen gegliedert. Dabei hatte er doch bei seinem Amtsantritt feierlich auf die Bibel geschworen, Schaden von Sachsen abzuwenden – der jetzt, neben viel verlorenem Geld auch in einem ganz erklecklichen Personalabbau besteht, nachdem die Sachsen LB total überstürzt und auf Grund einer Ausnahmeklausel der sächsischen Haushaltsordnung, also ohne Beteiligung des Parlaments, an die Landesbank Baden-Württemberg verhöckert wurde. Allein am Standort Leipzig, so wird inzwischen optimistisch spekuliert, könnten von den 600 Mitarbeitern der Landesbank 360 vielleicht gerettet werden.

300 Millionen Euro machte die Baden-Württemberger LB locker (werden zu viele neue Risiken aufgedeckt, kann der Nacht-und-Nebel-Deal auch rückgängig gemacht werden). Wobei dem sächsischen Staatshaushalt, also dem Land und den Kommunen nur ein Drittel in bar zufließt, der große Rest sei für die Landesbank selbst. Immerhin gibt es das nicht unwichtige baden-württembergische Versprechen, man wolle sich nunmehr auf die Kernaufgaben einer Landesbank besinnen, der Förderung des hiesigen Mittelstandes.

Ein Ministerrücktritt macht noch keinen Sommer

Gerade höre ich Nachrichten. Es kam, was kommen musste, der derzeitige Finanzminister Horst Metz, CDU, hat in der heiß brodelnden Landtagssondersitzung vom 31. August seinen Hut hingeschmissen, was heißt, er hat die Verantwortung für den teuren Schlamassel übernommen. Wohlwollende Parteifreunde sollen ihm bei seiner etwas diffusen Amtsausführung ohnehin schon länger unter die Arme gegriffen haben. Eine Sorge weniger also für Milbradt, dem von der gesamten Opposition aus der Linken, der FDP und den Grünen ebenfalls energischer Rücktritt nahe gelegt wurde. Alles in allem aber ist die Metz-Entscheidung so wenig aufregend wie die seit 14 Tagen andauernde Bankexperten-Rochade, bei der ganz gewiss keiner der mit Steuermitteln waghalsig Pokernenden hart aufschlägt. Rochade eben. Auch wenn eine anonyme Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Leipzig gegen frühere und heutige Vorstände der Sachsen LB darauf fußt, dass schon 2003 und 2004 „im Vorstand und Verwaltungsrat über die unheilbaren Zustände der Tochtergesellschaft Dublin“ Klarheit geherrscht haben soll. Schöne Verschleppung, deren erstes personelles „Opfer“ Vorstandsmitglied Stefan Leusder wurde. Man kann da viel

Von Nichts kommt nichts

Schon gar nicht ein Beinah-Bankrott der Sachsen Landesbank



Die Landesbank, die hoch hinaus wollte, im Strudel...

Fotomontage: Märker

spekulieren. Denn er stieg erst vor zwei Jahren in die Sachsen-LB ein – als die Geschäfte offenbar gefährlich wurden und andere Vorstände bereits gehen mussten – und übernahm die Verantwortung für das Kapitalmarktgeschäft. Pikanterweise stellte er vordem sein Expertenwissen in unterschiedlichen Funktionen und Verantwortungsbereichen der WestLB-Gruppe zur Verfügung, die ja nicht weniger schlingert.

Fürs Schach wäre das etwas zuviel Rochade

Nicht mehr auf ihren derzeitigen Posten gerettet werden konnten auch die ebenfalls noch nicht lange in der Sachsen LB tätigen Vorstandsmitglieder Dr. Yvette Bellavite-Hövermann und Werner Eckert. Erstere hatte die Verantwortung für den Finanzbereich und das Risikocontrolling – und das ging wirklich in die Hose. Bei den Milliarden, die da hin und hergingen ... Aber werden wir endlich etwas konkreter – was jedoch nur bedingt geht, weil kaum etwas zugegeben wird: Die kleine Sachsen LB musste vor vierzehn Tagen mit einer „Kreditlinie von 17,3 Milliarden Euro vor der Zahlungsunfähigkeit bewahrt werden. Hintergrund des schier halbsbrecherisch abgewendeten Bankrotts der Sächsischen Landesbank, so erfährt man vage aus den täglich sich überstürzenden Hiobsbotschaften hiesiger Zeitungen, seien Auslandsgeschäfte, mit denen man ausbleibende Inlanderfolge kompensieren wollte. So war man beispielsweise über die Dubliner Tochterge-

zusammenbrüche, die nicht nur die Sachsen LB, sondern noch weitere deutsche Finanzinstitute betrifft, bedrohen, auch das sollte man nicht vergessen, Hunderttausende US-amerikanischer Häuslebesitzer der unteren Einkommensklassen, die sich fürs Alter absichern wollten und denen nun die Kreditschraube wie ein Würgeholz um den Hals gepresst wird. Hoffentlich greifen Bushs angekündigte und nicht zuletzt den Banken genehme Maßnahmen, um massenhaft Zwangsvollstreckungen und private Bankrotte abzuwenden. Übrigens, die Deutsche Bundesbank begrüßte in ihrem soeben veröffentlichten Monatsbericht die weiter schwelende US-Hypothekenkrise als „willkommene Normalisierung“.

Wenn uns der Westen nur auch seine Besten geben hätte ...

Obwohl, schaut man sich Siemens, die Bahn-AG, Opel, die Telekom und, und und an, fragt man sich bange, was an „Managementfehlern“ bei so fürstlich Entlohnten noch alles möglich ist und wie unfähig man als Manager überhaupt sein darf ...

Inzwischen jedenfalls gingen die Rochadespielereien der weit in der Welt herumgekommenen Top-Finanzmanager aus dem Westen der Republik weiter, die uns im Osten mal so richtig zeigen sollten, was man mit Geld so alles aus- oder anrichten kann. Zum 15. September muss der Vorsitzende des Vorstandes der Sächsischen Landesbank, Herbert Süß, sein Amt „auf eigenen Wunsch“ abgeben. Er hinterlässt den Sachsen das gewiss größte finanzpolitische Debakel seit 1990 – das nicht weniger eine Niederlage für Ministerpräsident Prof. Georg Milbradt ist. Man darf schließlich nicht so tun, als sei die Politik nicht beteiligt. In oben erwähnter Landtagssitzung jedenfalls hat der FDP-Fraktionschef vorsorglich schon mal Neuwahlen gefordert (was nach dem Berliner Bankenskandal auch geschah). Die LINKE wäre nicht dagegen, logisch, bei dem Aufwind, den sie als einzige von den Sachsen anerkannte Partei hat, die Licht ins gegenwärtige Vertuschungsspiel von Korruptionsskandal bis Landesbankaffäre bringen will und kann. So jedenfalls das Ergebnis einer aktuellen Umfrage des Leipziger Instituts für Marktforschung, nach der zudem nur noch jeder dritte Sachse an die moralische Integrität des sächsischen CDU-SPD-Kabinetts glaubt. Von Nichts kommt eben nichts. Weder Misstrauen noch Anerkennung der Bürger. Allerdings, in Sachsen ist die CDU geübt, Skandale unter den Tisch zu kehren (der vom Verfassungsschutz indirekt ausgelöste Korruptionsskandal ist laut Presse-sprachregelung bereits ein „angeblicher“). Nur der neue Fraktionschef der Linken, Dr. Hahn, erinnerte daran, dass der Freistaat Sachsen schon vor Jahren reichlich 200 Millionen Euro locker machte, um Anteile der Baden-Württembergischen Landesbank an der Sachsen LB zurückzukaufen. Ferner flossen erst vor zwei Jahren weitere 300 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt in die Sachsen LB, angeblich um die Bank zu stabilisieren und deren Eigenständigkeit zu sichern.

Der Verlust dieser halben Milliarde Euro aus Landesmitteln, die ja auch nicht von Nichts kommen, ist abgehakt. Pech gehabt beim Zocken. Und noch längst sind nicht alle Karten auf dem Tisch. Allein, was auf die Sparkassen zukommen kann ...

• MAXI WARTELSTEINER

sellschaft Sachsen LB Europe in windige Finanzprojekte eingestiegen. Ohne ausreichendes Eigenkapital wurden hoch verzinst langfristige Kreditanlagen, vorwiegend Immobilienkredite finanziert. Um dennoch liquid zu sein, besorgte man sich billiges Geld zu Tagespreisen. Aus der Zinsdifferenz zog die Sachsen-LB ihren Profit – und unterstützte damit die auf Extraprofite lauernde Osteuropa-Expansion deutscher Unternehmen – und auch den Ausbau des militärisch genutzten Flughafens Halle-Leipzig. Eigentliche Aufgabe dieser kleinsten Landesbank hätte es ja sein sollen, den einheimischen Mittelstand zu unterstützen. Bloß, da passierte kaum was.

Und die Milliarden im Dunkeln sieht man nicht ...

Mit der akuten US-Hypothekenkrise jedenfalls waren plötzlich die nötigen kurzfristigen Anleihen kaum noch aufzutreiben – und das hausgemachte Schicksal nahm seinen Lauf, der Bankrott drohte. Vor vierzehn Tagen mussten wie gesagt, die deutschen Sparkassen mit 17,3 Milliarden Kredit-Euros einspringen. (Insgesamt ist die Rede von 65 Milliarden Euro riskanter Geschäfte, die über die Zweckgesellschaften in Dublin liefen). Verluste in Größenordnungen zu Lasten vor allem der Kommunen sind wohl kaum mehr zu vermeiden, auch wenn sie noch intensiv weggeredet werden. Die tatsächlichen Belastungen für den Landeshaushalt liegen im Dunkeln. Die von den Heuschrecken verursachten Banken-

City-Tunnel: Zum Erfolg verdammt

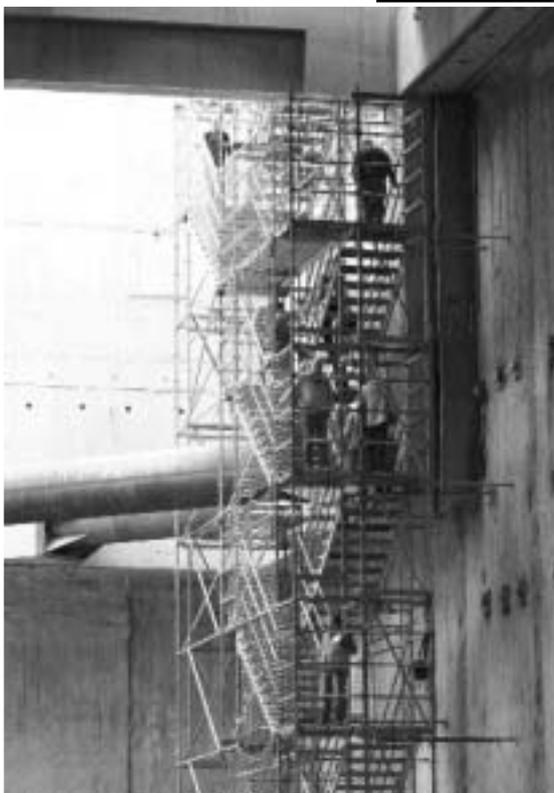
Das Interesse war schon vor den „Tagen des offenen City-Tunnels“ vom 31. August bis 2. September über die Stadtgrenzen hinaus groß. Tausende wollten sich unmittelbar ein Bild von den künftigen Haltestationen und dem ersten Abschnitt zwischen Bayrischen Bahnhof und Wilhelm-Leuschner-Platz machen.

An solchen Tagen gebührt zuerst den Bauleuten Respekt für die bautechnische und technologische Leistung. Vom Leuschner-Platz ging es 110 Stufen hinab in den 20 Meter hohen Raum des künftigen Haltepunktes, in dem die Tunnelbohrmaschine „Leonie“ zu besichtigen war.

Der komplizierte Leipziger Baugrund stellt an die Bauleute hohe Ansprüche. Das heißt, „Leonie“ kann sich an Findlingen oder unterirdischen Bauteilen, wie Fundamenten oder stählernen Erdankern, die Zähne ausbeißen. Der Bauleiter vor Ort erklärte, dass das Fördergut mit einer Wasser-Ton-Emulsion als Gleitmittel durch Rohrleitungen mit ca. 40 cm Durchmesser zur Baustelleneinrichtung an die Kohlenstraße transportiert und dort ausgesiebt und die Emulsion wieder zurücktransportiert wird. Kontinuierlich erfolgt der Einbau von gerundeten Betonfertigteilen, so dass hinter der Bohrmaschine der fertig ausgekleidete Tunnel zum Vorschein kommt. Einen Eindruck erhält man auch vom Haltepunkt am Bayrischen Bahnhof, der nicht mit einer Betonplatte abgedeckelt wird, sondern abschnittsweise Tageslicht erhält.

Das „Gesellenstück“ ist vollbracht. Nunmehr muss aber mit der Unterquerung des Stadtzentrums und dem Haltepunkt unter dem Markt das „Meisterstück“ gelingen. Nächstes Jahr sollte die zweite Röhre dann gebaut sein. Natürlich werden vor allem Bewohner des Umlandes (bei Nähe zu S-Bahnhaltepunkten) vom Citytunnel profitieren und dann unmittelbar am Markt oder der Petersstraße aussteigen können, auch zum Vorteil für Händler und Gastronomen, für die der Tunnel

derzeit viel Ungemach bedeutet. Kritiker, darunter die Linksfraktion im Stadtrat, führen an, dass beim Tunnel Aufwand und Nutzen ohne Fernverbindungen in keinem wirtschaftlichen Verhältnis stehen. Dass nur etwa 15 Prozent der Leipziger den Tunnel nutzen können, bedeutet eben auch, dass ihn ca. 85 Prozent der Leipziger objektiv nicht nutzen können. Hinzukommt, dass die Stadt entgegen den Ankündigungen vielfältig in die Pflicht genommen wird, was nicht nur die Bereitstellung von Grundstücken, sondern auch finanzielle Aufwendungen im zweistelligen Millionen-Euro-Bereich (vor allem bei den städtischen Unternehmen, wie LVB, Stadt- und Kommunale



Wasserwerke) betrifft. Zur Wahrheit gehören auch der Bauverzögerung und prognostizierte Kostenüberschreitungen in Millionenhöhe.

Für Linkspartei-Stadtrat Horst Pawlitzki, den zwar die Baustelle als Techniker interessierte, sind ebenso die Folgekosten bedeutsam. So steht der Kauf und die Unterhaltung von speziellen Löschfahrzeugen an, die zwar gefördert werden, für die die Stadt aber Eigenanteile zu erbringen und für die Unterhaltung einschließlich des Personals zu sorgen hat. Auch Linkspartei-Stadtrat Wolfgang Dennecke ist natür-

lich von der ingenieurtechnischen Leistung beeindruckt, vertritt aber dennoch die Auffassung, dass es zur Verbesserung des Nahverkehrs preiswertere Lösungen gegeben hätte, u. a. jene, die Fraktionskollege Jens Herrmann schon vor Jahren vorgeschlagen hatte, nämlich mit speziellen achsverstellbaren Triebfahrzeugen Straßen- und Eisenbahnnetz kombiniert zu nutzen. In anderen deutschen Städten, z. B. in Zwickau, gibt es das bereits.

Offenbar nimmt sich der ehemalige OBM und jetzige Bundesbau- und Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee selbst in die Pflicht. Denn nunmehr soll die Erneuerung der Eisenbahnstrecke mit Elektrifizierung Plauen-Hof forciert werden. Sie wäre Voraussetzung für eine Intercityverbindung nach München und Berlin. Erst so ergäbe der Leipziger Citytunnel als Eisenbahntunnel einen wirklichen Sinn.

• SIEGFRIED SCHLEGEL

Bild links: Leipziger immer ganz „eisern“ die Treppe hinunter zu „Leonie“.

Bild oben: Ein Monstrum mit Biss



Überflüssige Post...

... finde ich immer häufiger in meinem Briefkasten. Und sie fliegt mit kühnem Schwung in den vom Haus-

meister aufgestellten Papierkorb. Ich mache jetzt keine Rechnung auf, wieviel Tonnen da in unserer Stadt pro Woche zusammen kommen. Ab und an ist es aber doch einmal ratsam sich genauer mit den ungewollten Kuverts zu beschäftigen. In Markkleeberg schauten sich jetzt die genervten Bewohner der dortigen Wasserturmsiedlung einige Postwurfsendungen etwas genauer an und registrierten eindeutig neonazistische Parolen in ihren Briefkästen.

Was tun? Oder einfach ignorieren? Das ging nicht, denn Tage später tauchten im Stadtgebiet auch die entsprechenden Plakate auf. Sie wurden zum Tagesgespräch, das bis ins Bürgermeisterzimmer des Rathauses drang. Bürgermeister kleinerer Städte und Neonazis, ein derzeit in Sachsen heiß diskutiertes Thema. Der Markkleeberger OBM Klose reagierte jedoch umgehend und ließ die Hetze der neuen Hakenkreuzfraktionen entfernen. Auch im Leipziger Waldstraßenviertel gab es vor einiger Zeit im Umfeld des künfti-

gen Jüdischen Gemeindezentrums Hakenkreuzschmierereien. Die Telefone beim Ortspolizisten klingelten. Der Bürgerverein des Viertels engagierte sich.

In Markkleeberg veranlasste - wie gesagt - der Bürgermeister die ersten notwendigen Schritte, das schließt aber nicht aus, dass man auch selbst mal zur Tat schreiten darf und geistigen Unrat abreißt oder entfernt.

Das ist nicht nur eine Angelegenheit für die offiziellen Stellen, sondern für die Öffentlichkeit

Das meint

Euer
Lipsius



Nach einer Sommerwoche gemeinsamer Arbeitsprojekte und vielfältigen antifaschistischen Veranstaltungen fand das 19. Antifacamp Weimar/Buchenwald mit seinem Abschlusskonzert in der Weimarer Gerberstrasse 3 ein furioses Ende.

Auch in diesem Jahr bewältigten wir wieder wichtige Arbeitsprojekte in und um die Gedenkstätte KZ Buchenwald, obwohl sich wegen einiger organisatorischer Probleme im Vorfeld dieses Jahr weniger Antifaschisten in Weimar trafen als sonst. Unsere Hauptaufgaben waren der OP2, das Kleine Lager, die Bahnstrecke und auch eine Lesung auf dem Theaterplatz. Am OP2 beschäftigten wir uns mit der Freilegung der gesamten Grundfläche. Dabei wurden wieder zahlreiche archäologische Relikte entdeckt. Aus der Bahntrasse soll ein Wanderweg zur Gedenkstätte Buchenwald entstehen. Die Gedenkstätte ist zwar damit einverstanden, aber gearbeitet wird an diesem Projekt nur von einer Weimarer Bürgerinitiative, die wir natürlich gern unterstützt haben.

Schwerpunkt in diesem Jahr waren jedoch die Auseinandersetzungen mit der Gedenkstätte über das illegale Lagerkomitee und die Selbstbefreiung. Im vergangenen Jahr wurde unsere Kritik mit Bemerkungen abgetan, wir wüssten nicht, wovon wir reden und wir sollten uns erstmal in der Ausstellung kundig machen. Der Mitarbeiter, der dies äußerte, ist heute Leiter der pädagogischen Abteilung. Da wir sehr wohl wissen, wovon wir reden, luden wir uns in diesem Jahr zur Unterstützung den Historiker Ullrich Schneider ein. Er ist Vorsitzender der FIS und ehemaliger Leiter der Gedenkstätte Buchenwald.

Er kam unserer Bitte sehr gern nach. Es gab eine Führung durch die Gedenkstätte und eine offene Diskussionsrunde, an der auch wieder der Mitarbeiter der Gedenkstätte teilnahm. Er zeigte sich erstaunt über die Aussagen von Ullrich Schneider, er hätte noch „mehr Hetze“ erwartet! Im Gegensatz zu ihm konnten die meisten Diskutanten den Schlussfolgerungen von Ullrich Schneider folgen.

Unsere Hauptkritikpunkte: Es fehlt im heutigen Museum die Vorstellung der illegalen Lagerorganisation und die authentische Darstellung der Selbstbefreiung. Wichtige Ereignisse des Lagers werden aus dem Zusammenhang gerissen.

Wir nutzten natürlich diese Gelegenheit, dem Mitarbeiter der Gedenkstätte einige unbequeme Fragen zu stellen, zum Beispiel: „Warum wird das Internationale Lagerkomitee nicht als solches in der Ausstellung benannt?“ Die primitive Antwort lautete: „Diese Organisation hätte so viele verschiedene Namen, dass man nicht wüsste, welche man verwenden sollte.“

Nach der Ankündigung, dass die Gedenkstätte ihre Ausstellung im nächsten Jahr neu gestalten wird, fragten wir, ob dann immer noch der unsägliche und wohl diskriminierend gemeinte Begriff „Kommunistische Geheimorganisation“ für den Widerstand im Lager stehen werde? Er hielt das für sehr wahrscheinlich.

Zu einem Eklat kam es, als er erklärte, dass die Ausstellung im Museum im Glockenturm die teuerste der gesamten Gedenkstätte wäre. Dies veranlasste einen Teilnehmer des Camps zu bemerken: „Früher war dieses Gebäude das Klo am Glockenturm, das heißt,

Die Arbeit im Sinne des Schwures von Buchenwald ist das Hauptanliegen des Antifa Camps:

„Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung! Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

Nehmt den Häftlingen nicht ihre Würde – gegen die Leugnung der Selbstbefreiung!

Ein Bericht vom 19. Antifacamp 2007



Unsere Spontandemo gegen die Geschichtsfälschung in Weimar

die Geschichte der DDR wurde aufs Klo verbracht und wenn es darum geht, die DDR zu diskreditieren, dann ist auch genug Geld da!“

Bemerkenswert war auch die Mitteilung, die Gedenkstätte sammle Vorschläge für die Neugestaltung der Ausstellung. Wir rufen deshalb alle Antifaschisten dringlichst auf, diesem Wunsch der Gedenkstättenleitung nachzukommen und sie förmlich mit konkreten Vorschlägen zuzuschütten!

Wir haben uns in den folgenden Tagen des Camps die Ausstellung sehr genau angesehen und halten auch danach alle Kritikpunkte aufrecht:

Es werden Ereignisse der Geschichte des Lagers Buchenwald durch Berichte über einzelne Personen dargestellt. Es gab also einzelne gute Menschen, aber keine Organisation. Einige Beispiele:

1. Rolf Kralovitz berichtet in einem Video über zusätzliche Essenrationen. Er schildert diese Aktion sehr eindrücklich, bleibt aber, zumindest in dem Videoabschnitt, die Aussage schuldig – woher kam dieses zusätzliche Essen?

2. Kurt Goldstein kam ins Lager und beschloss für sich, Arier zu sein. Der Schreiber der Effektenkammer begrüßte ihn: „Hallo Julio“ – seinem Namen aus dem Spanienkrieg. Wenige Tage später holte man ihn aus dem Kleinen Lager. Hatte das ein einzelner Schreiber vollbracht?

(LN: Nein, da wirkten die Genossen ... Kurt Goldstein berichtete sehr ausführlich über diese Episode der Solidarität und der Kampfbereitschaft der Buchenwalder Illegalen in dem beim Karl Dietz Verlag Berlin in diesem Jahr erschienenen Sammelband „Buchenwald, ich kann dich nicht vergessen“. Darin auch aus-

führlische Antworten auf die anderen von Jugendlichen aufgeworfenen Fragen, die vom Museum negiert werden.)

3.) Die 46, die sich kurz vor der Befreiung am Tor melden mussten, wurden versteckt. Ging das ohne Hilfe? Ohne Organisation?

Spontan entschlossen wir uns, gegen diese Geschichtsfälschung zu protestieren. Unter den Losungen: „Nehmt den Häftlingen nicht ihre Würde – gegen die Leugnung der Selbstbefreiung!“ und „Gegen die Umdeutung der Geschichte – die Selbstbefreiung achten!“, demonstrierten wir vor dem Eingang des Lagers Buchenwald und anschließend mit einer Spontandemo durch Weimar. Dabei gab es viele Gespräche mit Bürgern Weimars und Touristen. Skeptiker wurden in vielen Einzelgesprächen überzeugt. Über tausend Flugblätter wurden verteilt und gelesen!

Wir fordern von der Gedenkstätte:

- Die eindeutige Darstellung des illegalen Widerstandes und des Wirkens des Internationalen Lagerkomitees!
- Die eindeutige Darstellung der Selbstbefreiung!
- Die Mörder Ernst Thälmanns zu benennen!

JUGENDGRUPPE VVN-BDA FREIBERG/BED

Projekt: „OP 2“

Der „OP2“ war ein Operationsaal und Teil der „medizinischen Versorgung“ des KZ, in dem auch experimentelle Tötungsarten und pseudo-wissenschaftliche Menschenversuche an Häftlingen praktiziert wurden, die oft zum Tode führten und dies auch sollten.

Hier haben wir 2006 begonnen, das Fundament unter der Grasnabe freizulegen. Das ermöglichte die Vermessung des Gebäudes und einen Überblick über die „Innere funktionelle Aufteilung“ der Räume und brachte einige Fundstücke zu Tage. Dieses Projekt werden wir wohl räumlich erweitern und punktuell genauer aufarbeiten, da ein „Großeinsatz“ wie 2006 nicht mehr nötig sein wird.

Projekt: „Buchenwaldbahn“

Das Arbeitsprojekt „Weg der Erinnerung“ war ein neues Projekt das ursächlich von Weimarer AntifaschistInnen initiiert wurde. Häftlinge des Konzentrationslagers mussten eine Bahnstrecke bauen, die die Stadt Weimar und das Konzentrationslager miteinander verband.

Diese Bahnstrecke stellte für tausende Häftlinge den Weg in die nationalsozialistische Vernichtung dar. Für die damalige und die heutige deutsche „Zivilgesellschaft“ stellt sie eine der sichtbaren Verbindungen zwischen ihr und ihrer Mitverantwortung an den Verbrechen und deren Aufarbeitung dar.

Es soll ein Weg entstehen, der dieser Bahnstrecke folgt und an mehreren Punkten durch Informationstafeln über die Geschichte des Ortes aufklärt.

Dieses Jahr stellten wir zunächst auf einer großen Strecke die Begehrbarkeit des Weges her. Wildwuchs wurde entfernt und totes Holz vom Weg geräumt. Auch an diesem Projekt wollen wir zukünftig weiter arbeiten.

Ein Besuch in Mittelbau Dora

Angeregt durch ein Interview des Sohns von Albert Kuntz in der „Jungen Welt“ fuhrten ca. 20 AntifaschistInnen aus dem Buchenwald-Camp nach Nordhausen zum Konzentrationslager Mittelbau Dora. Mit einem Transparent: „Widerstand darstellen!“ unterstützten wir die Forderung des Sohns von Albert Kuntz. Unser Flugblatt fand bei Besuchern reges Interesse. Nur eine Mitarbeiterin der Gedenkstätte hatte kein Interesse, sie zerknüllte das Papier und warf es weg. Es ist tatsächlich wahr: Kein Wort über Widerstand! Kein Wort über eine illegale Organisation! Kein Wort über Albert Kuntz und Genossen! Dafür aber Bildbände über die Gestapo und die Waffen-SS! Welch eine Verhöhnung des Leidens und Sterbens von tausenden Häftlingen in Mittelbau Dora. Wir bitten alle Antifaschisten in Deutschland und Europa sich dem Protest des 19. Antifacamps Weimar anzuschließen.

Der Aufruf kann unter folgender Mailadresse abgerufen werden:

jj.vvn-freiberg@gmx.de

MANDY HEINZIG

Früher war das Sprichwort „Und wenn du nicht mehr weiter weißt, dann bilde einen Arbeitskreis“ berühmt-berüchtigt. Ministerpräsident Milbradt geht einen Schritt weiter. Er verbirgt seine Hilf- und Konzeptionslosigkeit hinter der Ankündigung einer Konferenz im November.

Eine einmalige Veranstaltung wird jedoch kaum dauerhafte und langfristige Ergebnisse bringen können. Es wäre schon viel damit gewonnen, wenn die Staatsregierung die Unterlassungsinstanzen der Vergangenheit korrigieren würde. So ist der landesweite „Runde Tisch gegen Gewalt“, dem ich angehöre, in dieser Legislaturperiode erst ein einziges Mal einberufen worden.

Wichtiger als die Ankündigung einer Konferenz ist die Sicherung der Arbeit der in ihrem Fortbestand bedrohten Mobilen

Nach Mügeln: Konzept statt Aktionismus nötig

Beratungsteams und Opferberatungsstellen. Wie bereits im Fall des Landkreises Mittweida zeigt sich auch beim Kreis Torgau-Oschatz, dass die Art der Mittelvergabe des Bundesprogramms gegen Rechtsextremismus ebenso fragwürdig ist wie ihr Umfang. Hier ist der Freistaat mit einer deutlichen Aufstockung des Umfangs seines Landesprogramms „Weltoffenes Sachsen“ in der Pflicht. Nicht zuletzt wiederhole ich meine Forderung, die Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen mittelfristig zur kommunalen Pflichtaufgabe zu machen. Von solchen notwendigen Schlussfolgerungen findet sich

in den Erklärungen der Staatsregierung leider nichts. Stattdessen verlaubbart Innenminister Buttolo wider besseres Wissen, Sachsen sei kein Schwerpunkt des Rechtsextremismus. Wenn er sich die Fakten aus seinem eigenen Hause anschauen würde, wüsste er, dass er verantwortungslos verharmlost. Mit seinen verbalen Haarspaltereien ist niemandem gedient.

Die Existenz einer hochaktiven, mobilen Neonazi-Szene im Kreis ist den örtlichen Behörden durchaus bekannt. Und wenn tatsächlich keine organisierten Rechtsextremisten am Mügeln Überfall beteiligt gewesen sein sollten, ist dies eigentlich die schlimmere

Variante. Dann bliebe nämlich, dass ganz normale Bürger unter entsprechenden Rahmenbedingungen zu einem rassistischen Angriff in der Lage sind.

Ich bedauere es nachdrücklich, dass sich Ministerpräsident Milbradt durch Interviewäußerungen zum Stichwortgeber für die NPD gemacht hat, indem er die Vorkommnisse in Mügeln mit Sebnitz verglichen hat. Er hätte wissen müssen, dass solche unbedachten Äußerungen umgehend von der extremen Rechten aufgegriffen und ausgeschlachtet werden. Es mehren sich inzwischen Internetseiten der extremen Rechten, in denen die Ereignisse von Mügeln gefeiert und Lügen verbreitet werden. Milbradt sollte die gebotene Sachlichkeit wahren und sich nicht in unverantwortlichem Abwiegeln üben.

• KERSTIN KÖDITZ

Angst vor Nichtvorhandenen

Mehr als zwei Wochen nach den Mügeln Prügeln sandte ein Journalist, der die dortigen Ereignisse für eine überregionale Internet-Zeitung recherchierte, seinen Kollegen eine SMS: „Liebe Kollegen. Hatte in Mügeln ein paar unangenehme Begegnungen mit Rechtsradikalen. Gebt bitte meine Adresse keinen Unbekannten!“

Bedeutet: Die laut Bürgermeister Deuse in Mügeln nicht vorhandenen Rechtsradikalen ängstigen einen, der sie traf, so sehr, dass der Angst hat, ihm könnte etwas zustoßen. Damit ist er entschieden weiter gekommen, als die mit vielen Leuten ermittelnde Polizei. • P. P.

Mit gemischten Gefühlen schaute ich mir die Wanderausstellung der Amadeu-Antonio-Stiftung „Das hat's bei uns nicht gegeben“ – Antisemitismus in der DDR im Schulmuseum Leipzig an: Eine fundierte Arbeit von fast 80 Jugendlichen aus acht ostdeutschen Städten auf 36 Tafeln (siehe auch LN Nr. 16). Elf Jahre des Lebens in der DDR haben schließlich auch meine politische Identität geprägt. Der bewusste und im Kindesalter wenig defizitär erlebte Antifaschismus war es nicht zuletzt, der mich Ende der 1990er Jahre zum politischen Engagement in der PDS führte. Ist es denkbar, dass es in einem „antifaschistischen Staat“ Antisemitismus gab?

Der Hamburger Politikwissenschaftler Harald Schmid geht diese Frage in der Ost-West-Wochenzeitung Freitag an: „Dass eine Gesellschaft, in der es antijüdische Vorfälle gab, nicht pauschal mit dem Etikett antisemitisch versehen werden kann, versteht sich dabei von selbst, genauso wie das Selbstbild des antifaschistischen Staates, nicht automatisch auf eine damit deckungsgleiche empirische Realität schließen lässt.“

Sicherlich war die DDR kein durch und durch antisemitischer Staat, das würde bedeuten, dass Juden und Jüdinnen offen verfolgt wurden. Trotzdem ist festzuhalten, dass es Antisemitismus in der DDR auf gesellschaftlicher und staatlicher Ebene gab. Schändungen von Grabstätten, Hakenkreuzschmierereien oder Beschimpfungen waren real. Infolge der Slansky-Prozesse in der Tschechoslowakei/

Antisemitismus in der DDR?

Weiter diskutieren!

1952/ waren auch Juden und Jüdinnen in der DDR antisemitisch motivierten Verschwörungs- und Staatszersetzungs Vorwürfen ausgesetzt. Nicht wenige von ihnen, die die Rückkehr in den sozialistischen Teil Deutschlands zum Teil bewusst gewählt hatten, verließen die DDR.

Ein eigenes Kapitel stellt der staatsoffizielle Antisemitismus der DDR dar. Im Sinne der Blockkonfrontation gehörte Israel zum „feindlichen, imperialistischen Weltsystem“ und wurde besonders von der DDR dämonisiert. Die Berichterstattung zu den verschiedenen Etappen des Nahostkonfliktes bediente sich antisemitischer Stereotype. Das „Kleine politische Wörterbuch“ der DDR von 1978, sprach vom Zionismus als „das weitverzweigte Organisationssystem (...) der jüdischen Bourgeoisie“ (und prägte damit eine negative Haltung zum Staat, in dem viele Holocaust-Überlebende eine neue Heimat gefunden hatten. „Wenn ein heranwachsender Jugendlicher fast täglich – aus politischen Gründen – mit negativen Daten über die israelischen Juden gefüttert wird, kann er kaum umhin, diese negative Zeichnung auch auf die Juden zu übertragen“ (Peter Kirchner, Vorsitzender der Jüdischen Gemein-

de in Ostberlin, 1974). Der Grad zwischen Antizionismus und Antisemitismus wird zudem schmal, wenn Israel das Existenzrecht abgesprochen oder das Handeln des kapitalistischen Staates Israels mit „typisch jüdischen“ Eigenschaften belegt wurde und wird.

Ist es nun statthaft, Antisemitismus in der DDR zu beleuchten, ohne den Vergleich zur BRD zu ziehen? Ich denke schon. Der Verweis darauf, dass es woanders schlimmer war, verhindert die kritische Auseinandersetzung mit dem eigentlichen Sujet. Natürlich gab es in der BRD zwischen 1945 und 1989 1400 Friedhofsschändungen, in der DDR waren es 85.

Wiewohl im „real-existierenden“ gesellschaftlichen Kontext, in dem die Ausstellung nun präsentiert wird, der Wind des Totalitarismus weht und die Entwertung der DDR-Geschichte sicher im Sinne der Diskurs-Monopolisten ist, kann die Reaktion nicht im Schönreden oder Tabuisieren von „schwarzen Flecken“ auf der vermeintlich weißen, realsozialistischen Weste bestehen. Denn: wann wird jemals der richtige, der neutrale Kontext für eine (selbst-)kritische Debatte über das politische System und die soziale Realität in der DDR geführt werden können? Die Auseinandersetzung tut Not, und es haben die, die einen Großteil ihres Lebens im „Realsozialismus“ verbracht haben, ihren Erfahrungsschatz anzubieten, und gleichsam zur kritischen Auseinandersetzung zur Verfügung zu stehen. Wann wenn nicht jetzt, wer wenn nicht wir? • JULIANE NAGEL

24. August

Delitzsch. Der Betreiber eines Waffenladens, eines Schießstandes, einer Schießschule, der zugleich dem örtlichen Schützenverein vorsteht und mehrere Patente für Handfeuerwaffen besitzt, versetzt gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und wird festgenommen, weil er keine Kriegswaffenlaubnis für die bei einer Durchsichtigung entdeckten zwei Maschinenpistolen besitzt.

Leipzig. Eines besonders dreisten Kundenfangs macht sich der Taxi-Unternehmer mit der Funktaxinummer 710710 schuldig. Er schaffte es diese zentrale Rufnummer auf sein privates Handy umzuleiten.

25. August

Dresden. In der sächsischen Korruptionsaffäre, die in der staatsnahen Presse bereits „angeblich“ genannt wird, rügt ein Prüfer die Arbeit des Verfassungsschutzes. Es seien Quellen nicht geprüft, Angaben unglaubwürdiger Personen aufgenommen und Widersprüche außer Acht gelassen worden.

Dresden. Nach fünfmonatiger Sanierung zur Modernisierung der Brandschutzanlage hat der 1969 in Betrieb genomme-

SACHSEN-CHRONIK

(24. August bis 4. September)

ne Kulturpalast seine Pforten u. a. mit einer Ausstellung über die einstigen Bauarbeiten und frühere Konzerte und Unterhaltungs-sendungen wieder geöffnet.

28. August

Leipzig. Unter größten Sicherheitsvorkehrungen beginnt am Landgericht der Prozess gegen Uwe Kolbig, den mutmaßlichen Mörder des neunjährigen Mitja.

Chemnitz. Eine 40-jährige Asylbewerberin aus Afghanistan wird von einem Unbekannten mit ausländischer Sprüchen beleidigt und eine Treppe hinuntergestoßen.

Görlitz. Neißestadtwirbt mit einem Schild im Stadtpark mit dem 15. Breitengrad, der nicht nur mitten durch die Stadt führt, sondern seit der New Yorker Meridiankonferenz von 1884 die mitteleuropäische Zeit bestimmt. Man verspricht sich

ähnliches touristisches Interesse wie am Null-Meridian in Greenwich.

29. August

Dresden. Die Beschäftigten im sächsischen Einzelhandel fordern 5,5 Prozent mehr Lohn und Zuschläge für Spät- und Nachtarbeit. Auftakt dafür war eine Aktion vor Dresdens Altmartgalerie. „Wenn die Arbeitgeber sich taub stellen, müssen wir eben vor ihre Häuser ziehen, so Verdi-Verhandlungsführerin Annelie Schneider.

Leipzig. Der mit vollen Bezügen suspendierte Dresdner OBM Ingolf Roßberg hat vor dem Leipziger Senat des Bundesgerichtshofes eine Teilsieg errungen, private Vorteilsnahme sei ihm nicht nachzuweisen. Die Verurteilung wegen Beihilfe zum Bankrott seines Ex-Beraters und Fluthilfekoodinators aber sei rechtlich nicht zu beanstanden.

31. August

Chemnitz. Rauschgift im Wert von 470 000 Euro wird sicher gestellt, gegen sechs mutmaßliche Dealer ist Haftbefehl erlassen.

Mügeln. Bürgermeister Gotthard Deuse gibt der rechtsgerichteten Wochenzeitung Junge Freiheit ein Interview, in dem er betont: „Ich zum Beispiel bin stolz darauf, Deutscher zu sein“.

1. September

Zwickau. Im Mittleren Erzgebirgskreis wurden via Berlin angelieferte Dönerspieße aus bayrischem Ekkelfleisch verkauft. Es bestehe aber keine Gesundheitsgefahr.

3. September

Leipzig. Die Universitätskinderklinik alarmiert, dass vermehrt volltrunkene Kinder eingeliefert werden. Gaststätten würden das Jugendschutzgesetz missachten.

4. September

Chemnitz. Die Landesarbeitsagentur verteidigt Ein-Euro-Jobs gegen die Kritik, sie verdrängen reguläre Arbeitsplätze, denn sie würden in der Regel nicht in der freien Wirtschaft eingesetzt. Im August gab es mit 25 778 Ein-Euro-Jobbern 14 Prozent weniger als im Vorjahr.

Diese Geschichte handelt von Lenka, einer jungen, kinderliebenden Frau, die mit ihrer Familie in einem kleinen beschaulichen Dorf namens Vlkova lebt. Der kleine Ort mit 650 Einwohnern liegt in der allgemein als „verarmt“ bezeichneten Ostslowakei und ist besonders von der Karpatenlandschaft geprägt.

Lenka, die unmittelbar nach dem Abitur heiratete, ist erst 27 Jahre alt, hat aber bereits fünf Kinder. Das erste, Marek, ein Junge, wurde geboren, als sie bereits sechs Jahre verheiratet war und schon nicht mehr glaubte, dass sich ihr Kinderwunsch erfüllen könnte. Lenka und ihr Mann, ein Installateur, waren über den Nachwuchs sehr glücklich. Nun wollten sie die Gunst des Schicksals nutzen und gleich ein zweites Kind folgen lassen. Doch wieder stellte sich die ersehnte Schwangerschaft nicht ein. Als drei Jahre vergangen waren, ohne dass sich etwas getan hatte, entschlossen sie sich, ein Kind zu adoptieren. Der Antrag wurde gestellt und als alle Formalitäten erledigt waren, fuhren sie in ein zentrales Kinderheim nach Presov, wo sie sich ein Baby auswählen sollten. Die ersten Kinder jedoch, die ihnen dort vorgestellt wurden, waren drei Geschwister, Abkömmlinge einer Roma-Familie. Sie hießen Albert (6), Nikolka (5) und Janko (4). Fast vier Jahre lebten sie bereits in dem nicht besonders gut ausgestatteten Kinderheim und die ungünstigen Umstände hatten sich auf den Körpern und Gesichtern ausgeprägt. Lenka und ihr Mann waren so erschüttert über den physischen Zustand der Kleinen, dass sie sich spontan entschieden, nicht nur, wie vorgesehen, ein Kind, sondern alle drei mitzunehmen in

Die ersten Kinder jedoch, die ihnen dort vorgestellt wurden, waren drei Geschwister, Abkömmlinge einer Roma-Familie.

ihr Dorf, in dem sie auch einen Gemüsegarten haben und Kleintiere halten. Da sie schon lange an einem kleinen Häuschen bauten, würde sich schon genug Platz für die Kinder finden. Sie durften sie sofort mitnehmen.

Fünf Tage nachdem die nun große Familie in Vlkova angekommen war, diagnostizierte der Arzt bei Lenka eine erneute Schwangerschaft.

Lenka, die in der Schule deutsch gelernt hatte, schrieb an deutsche Freunde: „Und da habe ich meinen Kopf verloren. Ich habe gedacht, dass ich sterbe. Die drei

Nachrichten aus der Ostslowakei

Eine bunte, glückliche Familie



Klein-Lenka und ihre vier Geschwister

Foto: privat

konnte ich doch nicht zurückgeben – nachdem ich schon wusste, wie die uns brauchen. In den ersten Monaten haben wir keine Krone Kindergeld bekommen. Und dass die Kinder Betten, Kleidung, Essen brauchten, dafür hat sich kein Sozialamt interessiert. Mann, bin ich böse auf die ganze Welt gewesen. Manchmal wollte ich schreien, weinen, alles zusammen.“

Fünf kleine Kinder, Anfang 2007 wurde die Kleinste, auch Lenka genannt, geboren; Hausbau, Kleintierhaltung (Kaninchen, Hühner, Enten) Gemüsegarten – und der Mann wochentags fernab auf einer Baustelle in Wien.

Dazu kam, dass einige Angehörige – infiziert von der politisch durchaus geschürten landesweiten Anti-Roma-Stimmung – die Adoption der Kinder missbilligten. Lenka hat bisher alle diese Probleme mit großer Opferbereitschaft und harter Arbeit gemeistert. Die drei adoptierten Kinder haben sich gut entwickelt, sind eine lustige Kinderschar geworden. Anfangs weinten sie jede Nacht, waren Bettnäher, versteckten Nahrungsmittel aus Angst vor Hunger.

Und Lenka ist heute glücklich. Die Kinder sind gesund und helfen viel im

Haushalt und in der kleinen, man kann schon sagen Selbstversorger-Wirtschaft. Der Mann hat jetzt Arbeit im Dorf. Beim Schwiegervater steht eine Kuh im Stall, von der sie täglich dreieinhalb Liter Milch abmelken dürfen, die Lenka auch zu Butter und Quark verarbeitet. Die

.... dass einige Angehörige – infiziert von der politisch durchaus geschürten landesweiten Anti-Roma-Stimmung – die Adoption der Kinder missbilligten.

Kinder haben zu essen, Kleidung wird ihnen zum Teil von Freunden, auch aus Deutschland gespendet.

Man kann Lenka und ihrer Familie nur weiteres Glück wünschen, denn die sozialen Probleme des Landes und die Lebensverhältnisse der Menschen sind teilweise bedrückend. Die Slowakei, 1993 gegen den Willen der – wenn stark auch stark national geprägten – Mehrheit der Bevölkerung rigoros aus der Tschechoslowakei herausgelöst, trägt vor allem schwer an den acht neoliberalen Jahren von 1998 bis 2006, in denen das Land

ausländischen Investoren als Billiglöhne- und Niedrigsteuerstandort geöffnet und sein strategisches Potential (Stromerzeugung, Transport, Wasserversorgung) verschleudert wurde. Die Preise für Elektrizität, Wasser und andere Lebensgüter stiegen teilweise erheblich (Wasser um das 12-fache). Krankenhäuser wurden privatisiert, Ambulanzgebühren eingeführt und Medikamente mussten privat bezahlt werden. Für alle und jeden wurde eine Einheitssteuer von 19 Prozent eingeführt, Sozialleistungen und Renten gesenkt, Teile des Bildungswesens privatisiert und Studiengebühren erhoben. Die Arbeitslosigkeit lag in der Ostslowakei 2006 über 20 Prozent, das Durchschnittseinkommen der Slowaken betrug umgerechnet 450 Euro. Kontraproduktiv wirkten auch die historisch entstandenen Konflikte um die ungarische Minderheit und die große Gruppe der Roma, die durch nationalistische Parteien angeheizt wurden. Eine Reduzierung von Unterstützungszahlungen für die Roma führte 2004 bekanntermaßen zu Hungerrevolten.

Außenpolitisch dominierte eine enge Anlehnung an die USA, die mit der Entsendung von Truppen in den Irak einen Höhepunkt fand.

„Belohnt“ wurde das Land für sein Entgegenkommen gegenüber dem Westen mit der Aufnahme in die NATO und EU (2004). Im Januar 2009 wird der Beitritt zur Euro-Zone erfolgen.

Seit Juli 2006 bemüht sich eine Koalition um die Sozialdemokraten (SMER) mit dem Ministerpräsidenten Fico, die slowenischen Nationalisten (SNS) und nationalen Demokraten (HZDS) die schlimmsten Auswirkungen dieser Politik abzuschwächen, einige Privatisierungen rückgängig zu machen und die Reichen stärker zu besteuern.

Inwieweit diese Pläne durchgesetzt werden ist, ungewiss. Man kann in der Slowakei kaum noch von einer nationalen Volkswirtschaft sprechen. Das stärkere Wirtschaftswachstum 2006 kommt im wesentlichen nur den großen Konzernen (VW, Peugeot-Citroen, u.a.) zugute, die Gewinne fließen in die Mutterhäuser der Westkonzerne.

Staatsverschuldung (34,5% zum BIP) und Auslandsverschuldung (23 Mrd Euro) stiegen und das Leistungsbilanzdefizit wuchs. Man muss also davon ausgehen, dass auf Lenka und ihre erstaunlich heile Familie neue Belastungen zukommen werden.

• MANFRED BOLS
(nach einer Leserinformation)

Glaubt man den Statistiken, so sind wir Deutschen auf dem besten Wege, eine der gesündesten Nationen unseres Planeten zu werden. Betrug der Krankenstand im Jahre 1995 noch 5,1 %, so ist er 2005 auf 3,4 % zurückgegangen. Die wahren Ursachen – Angst um den Arbeitsplatz, Medikamentenkosten, Arztgebühren – werden dabei von den dafür Verantwortlichen geflissentlich übersehen. Obwohl diese Entwicklung auch finanzielle Auswirkungen auf die „Gesundheitsindustrie“ hat, unternimmt die Regierung nichts zur Beseitigung dieser Zustände. Im Gegenteil, seit etwa zwei Jahren wird, von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet, vom Bundesministerium für Bildung und Forschung das Projekt „Medical Export – Technologiegestützte Internationalisierung medizinischer Dienstleistungen für Patienten aus dem Ausland“ gefördert. Darin sind wissenschaftliche Institute, Universitäts-Kliniken, Krankenhäuser, Reha-Einrichtungen und die Medizintechniksparte der Siemens AG integriert. Einer der Schwerpunkte dieses Projekts ist die Gewinnung von Luxuspatienten für die auf Grund der

Reiche Kranke gegen arme Kranke

Kliniken wissen das Auslastungsproblem zu lösen

„Gesundheitsreform“ nicht ausgelasteten deutschen Kliniken. In einem Artikel bei www.medical.siemens.com heißt es dazu treffend: „Der Scheich aus Saudi Arabien, der sich eine neue Hüfte in Germany einsetzen lässt. Die schwer kranke Russin, die auf erstklassige Hilfe in einer deutschen Reha-Klinik hofft. Solche Patienten verfügen in aller Regel über ein komfortabel ausgestattetes Bankkonto.“ Da kann natürlich ein Hartz-IV-Empfänger nicht mithalten. In der „Monitor“-Sendung vom 23. August 2007 wurde eine ausführliche Recherche zum Problem der Lebertransplantation vorgestellt. Während eine Lebendleber-Transplantation nur unter Verwandten

erlaubt ist, wird die Vergabe von Fremdorganen von Hirntoten von der Vermittlungsstelle Eurotransplant streng überwacht, wobei auf keinen Fall finanzielle Interessen eine Rolle spielen dürfen. Die Vermittlung erfolgt nur innerhalb des Eurotransplant-Raumes. Recherchen in der Hauptstadt Saudi Arabiens, Riad, ergaben jedoch, dass es dort viel zu wenige Organe gibt und die Wohlhabenden oder Privilegierten ins Ausland gehen, um dort die Leber eines Hirntoten zu bekommen. Und da saß nun vor der Kamera ein vom Tod gezeichneter Mann, der nicht ohne Grund die Nummer 1 auf der Warteliste für eine neue Leber hatte – und bereits zur Operations in die Klinik gerufen worden war. Er musste wieder heim – ohne Leber. Wer sie wohl bekam?

Für Ausländer kostet eine solche Transplantation ein bis drei Millionen US-Dollar – ein lukratives Geschäft für die Transplantations-Kliniken, für das es sich schon lohnt, mit krimineller Energie die strengen Forderungen von Eurotransplant zu unterlaufen.

• HELMUT ULRICH

Was haben Afghanistan und die Präsenz deutscher Truppen am Hindukusch mit der Einkreisung Russlands zu tun“, dem eigentlichen Thema dieses Buches, fragt in seinem präludefürde der gleichermaßen scharfsinnige wie konservative Analytiker internationaler Politik Peter Scholl-Latour, der an der Sorbonne promovierte, das Pariser *Insti-*

Von ERNSTGERT KALBE

tut *National des Sciences Politiques* absolvierte und an der Libanesischen Universität Beirut das Diplom für arabische und islamische Studien erwarb. Der Autor berichtet seit mehr als einem halben Jahrhundert als freier Journalist (und ehemaliger ARD-Korrespondent, Fernsehredakteur des WDR und „Stern“-Herausgeber) sachkundig, quellenfundiert und zugleich vorsichtig prognostisch über Brennpunkte des Weltgeschehens, namentlich über Afrika, Zentralasien und Indochina, über den Nahen und Fernen Osten, also über die arabische und islamische Welt, über Indien und China – und nun auch über „Putins Imperium Russland“.

In diesem Buch sind alle gravierenden Elemente der aktuellen Weltpolitik, die sich in dem Prisma des Afghanistan-Problems bündeln, zusammengeschaut, „das schwierige Nebeneinander von NATO und Russland, die geheimnisvolle Nähe der neuen Weltmacht China, vor allem die Unwägbarkeiten der islamischen Revolution, der vom amerikanischen Präsidenten neuerdings das Etikett ‚islamischer Faschismus‘ angeheftet wird, was sie durch ausufernde politisch-militärische Konfrontation nur noch weiter radikalisiert. Um es vorwegzunehmen: Die Irakisierung Afghanistans ist in vollem Gange“.

Angesichts dieser Sachlage konstatiert der Autor, dass sich die ratlose Atlantische Allianz einem gordischen Knoten gegenüber sieht, wobei kein Alexander in Sicht sei, „der ihn mit seinem Schwert durchschlüge.“

Was die deutsche Militärpräsenz im Nordosten Afghanistans anbelangt, so ist sie zunehmend auf Verteidigung und Selbsterhaltung gerichtet und hätte im Falle eines massiven Aufstandes nicht die geringste Evakuierungschance; ihr bliebe nur der verzweifelte Durchbruch in Richtung Termez über den Amu Darja, den die geschlagene Sowjetarmee des Generals Gromow unter hohen Verlusten schon 1989 vollzog. Und Russland, in seiner Präsenz an den südlichen Grenzen der GUS, selbst bedrängt durch die USA und die islamisch geprägten Anrainer Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan, bliebe die letzte Hoffnung der deutschen Bundeswehrkontingente am Hindukusch, falls sie durch die Unwägbarkeiten eines „asymmetrischen Antiterrorkrieges“ zum plötzlichen Abzug gezwungen wären.

„Die wirkliche Prüfung des weltumspannenden Kräftesystems“, schreibt Scholl-Latour, „in dem die Verdrängung Russlands, die chinesisch-amerikanische Rivalität sowie das Verhältnis der amerikanischen Planer und ihres europäischen NATO-Anhängers zum Islam sich schicksalhaft überschneiden, steht ... noch bevor.“

Geopolitische Verwerfungen in Osteuropa

Aus dieser Sicht stellt der Autor seine „Kernfrage“: „Ist es für die Europäische

Union, ist es für Deutschland noch sinnvoll, der fragwürdigen Direktion der NATO untergeordnet zu bleiben und deren weltweite Strategie durch wahllose Einsätze ‚out of area‘ zu unterstützen, die von Washington vorgegeben werden und mit den eigenen Interessen nichts zu tun haben?“ Scholl-Latour gibt darauf gleichermaßen präzise wie perspektivische Antworten: Er verurteilt die verfehlte amerikanische NATO-Strategie eines fortgesetzten „Ost-West-Konflikts“, unbeschadet des nach dem Ende der Sowjetunion angeblich gegenstandslos gewordenen Kalten Krieges; er stellt die überstürzte Osterweiterung der Europäischen Union in Frage, die angesichts der offenkundigen außereuropäischen Fremdsteuerung „neuer dubioser Partner“ als „Trojanischer Pferde“ in der Gemeinschaft jede aktionsfähige gemeinsame europäische Politik konkretisiert; er kritisiert die – entgegen allen früheren Zusagen – eilige Ostausdehnung der NATO bis an die Grenzen Russlands, dem „idealen Wirtschaftspartner Deutschlands“. Mit der Russischen Föderation Putins bestehe kein

den sowie Südkorea, Japan und wiederum den USA auf Alaska im Osten ein Teufelskreis um die Russische Föderation schließt, von dessen antirussischer Stabilisierung oder anti-amerikanischer Durchbrechung ein zwar labiles, aber doch weltpolitisches Gleichgewicht und – fast noch wichtiger – der Zugriff auf die mittelasiatischen Ressourcen und Transportwege von Öl und Gas abhängen. Deshalb übersteigt Russlands geopolitische Rolle bei weitem seine heutige innere Stärke wie sein aktuelles internationales Gewicht.

Der politisch unkluge wie zugleich strategisch unrealistische Herrschafts- bzw. zumindest Hegemonialanspruch des Westens eröffnet zugleich Chancen einer russisch-chinesisch-indischen Annäherung, die der Dominanz der USA im Nahen, Mittleren und Fernen Osten über kurz oder lang ein unerwartetes Ende bereiten könnte.

Die überstürzte und illegitime Auflösung der Sowjetunion bei dem Treffen von Jelzin, Krawtschuk und Schuschkewitsch

Vermeintlicher Demokratieexport funktioniert nicht

Betrachtungen zu Peter Scholl-Latour: „Russland im Zangengriff“ – Putins Imperium zwischen Nato, China und Islam. (Propyläen Verlag Berlin 2006)

Konfliktpotential, sondern „natürliche Komplementarität“ von Interessen, die im Konkurrenzverhältnis zu den USA oftmals fehle.

Eine ähnliche Situation gelte auch für das Verhältnis zu China, das in der hiesigen Öffentlichkeit wegen der Niederschlagung der Studentenrevolte von 1989 angeklagt und Sanktionen unterworfen wird, wie Scholl-Latour schreibt:

„Für die Europäer besteht nicht der geringste Grund, sich in eine Kampagne gegen das gewaltig aufstrebende Reich der Mitte einreihen zu lassen und in Peking auf die Respektierung demokratischen Wohlverhaltens zu pochen, zumal diese Ideale der Menschenrechte im eigenen Lager Schaden genommen haben und schweren Belastungen ausgesetzt sind. Die zur Tugend mahnende Überheblichkeit deutscher Politiker an die Adresse des chinesischen Giganten, der nun einmal auf ganz anderen Gesellschaftsregeln ruht und auf den Sittenkodex einer viertausendjährigen Hochkultur zurückgreift, erscheint lächerlich, ja kläglich.“ Zutreffend merkt Scholl-Latour an, dass von den gut 200 Mitgliedsstaaten der UNO höchstens 10 Prozent den ethischen Normen demokratischer Herrschaftsformen der westlichen Welt entsprechen.

Warum also trägt das jüngste Buch von Peter Scholl-Latour den Titel „Russland im Zangengriff“? Weil sich mit dem Ring von NATO und EU (vom Baltikum bis zum Balkan) im Westen, der USA-Präsenz in der NATO-Türkei, Georgien und in mittelasiatisch-islamischen Despotaten (Aserbaidschan und Usbekistan, Tadschikistan und Kirgistan) im Südwesten, dem Giganten China und der Mongolei im Sü-

im belorussischen Beloweschie nahe Brest-Litowsk am 8. Dezember 1991 und die angebliche Ersetzung der Union durch einen slawischen Dreibund von Russland, der Ukraine und Belarus, löste bei den sowjetischen Statthaltern in Zentralasien zunächst Ratlosigkeit und bald secessionistische Ambitionen aus, die zur „Verselbständigung“ Usbekistans, Kasachstans, Kirgistans, Turkmenistans und Tadschikistans führten, was nach dem vorherigen Abfall des Baltikums, Moldawiens und dreier kaukasischer Republiken das irreversible Ende eines Unionsstaates und seinen eher fiktiven Ersatz durch die „Gemeinschaft unabhängiger Staaten“ (GUS) bedeutete.

Belorussisch-russische Kooperation und islamistische Gefahren

Belarus, auf Bush's Liste der Schurkenstaaten als „outpost of tyranny“ geführt, hat bislang dem absurden Drang der „Atlantischen Allianz“ nach Osten mit Erfolg ebenso widerstanden wie der hier versuchten Kraftprobe zwischen Moskau und Washington. Bei den belorussischen Parlamentswahlen im Juli 1994 wird der prowestliche Präsident Schuschkewitsch abgewählt und der ehemalige Sowjetoffizier und Kolchosvorsitzende Alexander Lukaschenko mit großer Mehrheit zum Präsidenten gewählt. Lukaschenko, der sich um die Bewahrung sozialer Standards bemüht und deshalb besonders bei der Agrarbevölkerung „als einer der ihren“ populär ist, widersetzt sich durch staatlichen Dirigismus erfolgreich dem privatwirtschaftlichen Ausverkauf der

nationalen Volkswirtschaft. Freilich neigt er als Präsident in bereits dritter Wahlperiode zu autoritären Herrschaftsmethoden, die sowohl der inneren demokratischen Opposition Zügel anlegen als auch der äußeren Einmischung einen Riegel vorschieben, was die Wiederholung einer „orangenen Revolution“ a la Ukraine weitgehend ausschließen soll – Grund der westlichen Verurteilung von Lukaschenko als „autokratischen Diktator“. Obwohl die zwischenzeitliche föderative Liaison von Russischer Föderation und Belarus heute nicht mehr aktuell ist, so sind doch Russland und Weißrussland auch weiterhin aufeinander angewiesen, zuerst wegen wirtschaftlicher Bindungen, aber auch wegen der strategisch gemeinsamen Militärpolitik und Raketenstellungen, sowie der orthodoxen Kirchenbindung an das Moskauer Patriarchat, dem sich der Metropolit Filaret bedingt zuordnet, und nicht zuletzt um papistisch-katholische Einflüsse (Prälat Slupj in Pinsk) abzuwehren, die aus Polen und der Ukraine einsickern.

Im Russland-Kapitel seines Buches



reflektiert Scholl-Latour über das pseudo-liberale Perestroika-Abenteuer Gorbatschows, das völlig „aus dem Ruder“ lief und jede ökonomische Ordnung zusammenbrechen ließ, ein Abstieg „ohne Krieg, ohne Niederlage, ohne fremde Besatzung“, der „ein zutiefst europäisches Volk auf den Hund kommen“ ließ. Er berichtet über den verlorenen Afghanistan-Krieg der Sowjettruppen am Hindukusch, spricht über die Folgen des Deutschland-Deals zwischen Gorbatschow und Kohl am Rande des Kaukasus, der nicht nur die DDR preisgab, sondern auch das kontinentale Gleichgewicht aus den Fugen brachte. „Der große Kollaps in Osteuropa, die Auflösung des Warschauer Paktes, die deutsche Wiedervereinigung, der schier unglaubliche Schwund des sowjetischen Imperiums“ brachten die politischen Konzepte der westeuropäischen Staaten Frankreich und Großbritannien durcheinander, verwandelten die BRD in eine europäische Großmacht und stärkten die Position der USA in den Staaten Mittel- und Osteuropas.

Er beschreibt den Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan um Nagorno-Karabach, in dem sich die russischen Truppen dem sprichwörtlichen Dilemma ausgesetzt sahen, wonach „wer gleichzeitig zwei Hasen erlegen will, sie beide verfehlt“. Auch die zentrifugalen Entwicklungen in Tadschikistan, peripher auch in Turkmenistan und Kasachstan, werden beleuchtet, wobei die exaltierten

Vorstellungen, man könne das ursprünglich westliche Gedankengut der Aufklärung und der Menschenrechte auf den islamischen Orient übertragen, ebenso ad absurdum geführt werden wie die russischen Hoffnungen auf erneute politische Stabilität im ehemals sowjetischen Zentralasien – und sei es um den Preis angestammter orientalischer Despotien. Die heutigen Eiferer des islamischen Gottesstaates, die den „Tod des gottlosen Kommunismus“ verkündeten, bejubelten den Islam als „die einzige, wahre Demokratie“, und das koranische Gesetz der Scharia als „das unveräußerliche Instrument ihrer Verwirklichung“. Nur der Glaube an den Propheten Mohammed könne Sitte und Tugend im Volke wiederherstellen.

Während sich die US-amerikanische Administration in Kasachstan und Turkmenistan wie in Ankara und Athen um den Bau von Pipelines über eine georgisch-kaukasische Trasse bemühte, welche die angestammten russischen Transportwege umgehen würde, konterten Russland und China mit der Gründung der „Shanghai-Gruppe“, um dem Einfluss Washingtons zwischen Kaspischem Meer und Turkestan zu begegnen und allmählich wieder eine ökonomische und politische Kooperation mit Usbekistan, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan in Gang zu setzen.

Wladimir Putin übernahm am 1. Januar 2001 mit der Präsidentschaft über die Russische Föderation die Aufgabe, einen Augiasstall auszumisten, mit den neuen Wirtschaftsoligarchen einen Kompromiss auszuhandeln, wonach sie sich aus der Politik heraushalten und statt dessen ihre zweifelhaft erworbenen Wirtschaftsimperien gewinnbringend für sich und die Allgemeinheit nutzen und die staatliche Kontrolle über die wirtschaftliche Entwicklung tolerieren sollten.

Der Normalbürger empfinde es als wohlthuend, dass – abgesehen von der Kaukasusregion – in Russland wieder eine bestimmte Sicherheit eingezogen sei. Der deutlich autoritärere Regierungsstil Putins, der die Allmacht von Wirtschaftsbossen und Clanchefs, die destruktiven Aktivitäten chaotischer „Reformer“ und die Eigenmächtigkeiten regionaler Gouverneure und Spitzenfunktionäre drastisch eingeschränkt und die Duma „auf Vordermann gebracht“ habe, hätten dem Kremlchef wenn nicht die Liebe, so doch den Respekt „seiner Untertanen“ verschafft.

Heute leben in der Russischen Föderation 145 Millionen Einwohner, davon mindestens 20 Millionen Muslime, deren Zahl sich jedoch durch höhere Geburtenraten bei den islamischen Völkern ständig zu deren Gunsten verschiebt. Dieser Umstand nährt die alte panturanische Kernidee eines Zusammenschlusses aller turksprachigen Völker Rußlands von den Krimtataren am Schwarzen Meer bis zu den Jakuten in der Tundra, die im Zarenreich geboren wurde und heute eine bedingte Auferstehung erlebt. Folgerichtig geht das Kapitel über Tatarstan und dessen Hauptstadt Kazan auch auf die aktuellen Illusionen eines „Euro-Islam“ wie auf die noch ungelösten Probleme der „kaukasischen Wunde“ ein, die sich in dem endlosen Tschetschenien-Konflikt manifestiert.

Ferner Osten und russisch-chinesische Beziehungen

Scholl-Latour konstatiert, dass wichtiger noch als die russisch-amerikanischen Beziehungen in Fernost „das aktuelle Verhältnis zwischen der ehemaligen



Das sowjetische Kriegerdenkmal von Brest-Litowsk

Sowjetunion und der aufstrebenden Volksrepublik China“ sei. „Peking hat seinen Gleichberechtigungsanspruch eindeutig angemeldet und sich ganz offen auf einen Machtpoker mit Washington eingelassen.“ In der Nach-Mao-Phase habe sich eine sensationelle Umkehr der chinesischen Politik vollzogen, die auf Kooperation mit Rußland gerichtet sei und sich gegen die Hegemonie der USA in Asien richte. Freilich würden sich die unwirtlichen Zonen des sibirischen Fernen Ostens zunehmend von Russen bevölkern, deren Zahl vielleicht noch 7 bis 8 Millimärkte in dortigen Gebieten mit Versorgungslücken notwendig ausbreiteten.

Nach Auflösung des Archipels Gulag und der Entlassung von Millionen Arbeitsklaven aus den Stalinschen Straflagern sei die Förderung der zahlreichen Bodenschätze in der Region von Magadan, dem einstigen „Tor zur Hölle“, und Primorie faktisch zum Erliegen gekommen, während wirtschaftlicher Verfall, planlose Ausplünderung von Staatseigentum und Privatisierung in den 90er Jahren, ein „Freibeutertum des entfesselten Kapitalismus“, für die einfachen Leute elende Lebensbedingungen hinterlassen hat. Selbst der Fischfang an der Küste sei weitgehend eingestellt worden.

Einen besonderen Schwerpunkt chinesischen Einflusses hat Scholl-Latour in der zentralsibirischen Stadt Nowosibirsk und dem starken Wissenschaftszentrum Akademgorodok festgestellt, dessen staatliche Finanznöte durch chinesische Investitionen und Budgetzuweisungen – angeblich von bis zu 80 Prozent – gegen die zugesicherte Mitwirkung chinesischer Wissenschaftler behoben wurden, die dadurch ihrerseits Einblicke in „so manches Geheimnis der russischen Forschung“ erlangen und sich „in Nowosibirsk jene High-Tech-Kenntnisse besorgen, die ihnen der Westen systematisch vorenthält“.

Die Grenzlinie zwischen China und der Russischen Föderation, die heute nur noch durch einen weitmaschigen Zaun markiert werde, so Scholl-Latour, sei fast zu übersehen.

Zugleich warnt Scholl-Latour davor, das höchst brisante Konfliktpotential am chinesischen Gelben Meer, „am Schnittpunkt zwischen Japan, Rußland, Korea und den amerikanischen Pazifik-Basen“ zu unterschätzen. Auch unter diesem Aspekt hat die russisch-chinesische Zusam-

menarbeit in der „Shanghai-Gruppe“ eminente strategische Bedeutung.

Orangene Illusionen und westliche Einnischung

Das Kapitel über die Ukraine trägt den beziehungsreichen Untertitel „verfaulte Orangen“ – denn die subversive Einnischungspolitik der USA – und in ihrem Gefolge auch Polens – gegenüber der Ukraine hat längst giftige Früchte getragen. Heute befindet sich die Ukraine unter den korruptesten Staaten Europas – Platz 3 nach Albanien und Moldowa – und ein Drittel der knapp 50 Millionen Ukrainer lebt unter der Armutsgrenze; das Wirtschaftswachstum schrumpfte im vom Westen gepriesenen „Freiheitsjahr“ 2005 von zuvor 12,5 auf noch 2,6 Prozent, um im Jahr 2006 weiter auf knapp ein Prozent zu sinken. Die Ernüchterung nach einer von der RUCH-Bewegung getragenen „Orange-Revolution“ sei bei der Masse der Bevölkerung längst in Depression umgeschlagen, schätzt der Autor ein. Viele Hundertmillionen USDollar hat die Aktion „Ukraine“ gekostet. „Es ist so ziemlich alles schief gegangen bei dieser enthusiastisch gefeierten Orange-Inszenierung“, resümiert Scholl-Latour, „mit der einzigen Ausnahme vielleicht, daß die Unabhängigkeit der Ukraine, die bislang noch nicht gefestigt schien, nunmehr gesichert sein dürfte“. Selbst die Russophilen dächten mehrheitlich nicht daran, ihre Eigenständigkeit gegen erneute Abhängigkeit von Moskau einzutauschen. Dafür sollten sich die Ukrainer darauf einstellen, das ihr Land bis 2010 in die Atlantische Allianz integriert wird, wofür die ukrainische Armee bereits durch amerikanische und deutsche (!) Offiziere auf NATO-Standarts umgestellt wird.

Es ist wahrlich nicht verwunderlich, das nach der Vorführung der „Orangenrevolution“ in der Ukraine – oder auch der „Tulpenrevolution“ in Kirgistan – der belorussische Präsident Lukaschenko Vorsorge gegen analoge „demokratische“ Inszenierungen in Minsk traf. Selbst in Zentralasien, wo „diktatorische Herrscher“ die USA weniger stören, falls sie sich kooperativ verhalten, ziehen dortige Sultane erste Konsequenzen zur Bewahrung ihrer Chanate vor amerikanischer Umarmung, so z.B. Saparmurat Nijasow von Turkmenistan oder Islam Karimow von Usbekistan, welche die „Scharia“, die Rechtsvorschrift des Islam, als unver- einbar mit dem westlichen Demokratie-

konzept betrachten. Der usbekische Präsident Karimow hat nach den organisierten Tumulten im benachbarten kirgisischen Bischkek bereits vorsorglich den amerikanischen Stützpunkt bei Taschkent geschlossen und die militärische Zusammenarbeit mit den USA aufgekündigt. Dagegen hat die begrenzte Kooperation mittelasiatischer Staaten mit Russland im losen Verbund der GUS jüngst neuerlichen Auftrieb erfahren.

Scholl-Latours Sicht auf „Russland im Zangengriff“ mündet in der Frage nach der Entwicklung dieser Region. Prognosen sind schwerlich zu treffen. Sicher ist, dass die oströmisch-orthodoxen, d. h. etatistischen Traditionen des russischen Imperiums keinen anarchischen Wildwuchs von westlich-kapitalistischer Demokratie vertragen. Deshalb ist Putins Konzept einer „geleiteten Demokratie“ durchaus mit den gesellschaftlichen Realitäten im Einklang. Was aber könnte nach einem Amtswechsel von Putin zu einem Nachfolger geschehen? Eine weitere kontrollierte Konsolidierung und einer wesentlich kapitalistischen Wirtschaft mit wieder stärkerem Gewicht eines staatlichen Sektors? Oder ein anarchischer neokapitalistischer Weg mit schlimmen weltpolitischen Folgen? Ungelöst erscheint das Problem der Beziehungen Russlands mit seinen rasch wachsenden islamischen Völkern, die sich durch das russische Staatswappen des zaristischen Doppeladlers kaum enger an Moskau gebunden fühlen dürften.

Das Buch von Scholl-Latour vermittelt die Erkenntnis, das ein von westlicher Selbstüberschätzung bestimmter Export vermeintlicher „Demokratie“, gleichviel ob mit militärischen oder ökonomischen Mitteln, auf traditionell gleichermaßen etatistisch wie kollektivistisch geprägte Gesellschaften nicht funktionieren kann. Nostalgische Hoffnungen dagegen auf eine von der Kommunistischen Partei Rußlands genährte Rückkehr zu Staatssozialismus und Sowjetsystem sind wohl ebenfalls chancenlos.

Die Russische Föderation wie die ehemaligen Gliedstaaten des russischen Imperiums müssen eigene Wege in die Zukunft finden, wenn sie nicht zum Opfer imperialistischer Expansion und neuer politischer Deformationen werden wollen. Gerade auch heute gilt: Rußland ist groß und der Zar ist weit !

Der Herbst kündigt sich an. Und das heißt für Leipzigs Musikliebhaber: Die Konzert- und Theatersaison beginnt. Wie immer gab das Gewandhausorchester den Auftakt, zugleich zu den Mendelssohn-Festtagen. Ganz im Sinne Mendelssohns eröffnete Riccardo Chailly mit einer Uraufführung, mit Cut VIII des Leipzigers Bernd Franke. Eine Uraufführung war es allerdings nur insofern, als das vor einem Jahr der vom Komponisten einkalkulierten Möglichkeit entsprechend auch unter Leitung Riccardo Chaillys mit Cut VI und VII gleichzeitig erklangene knapp zehnmündige Werk, nun einzeln als Stück für Streicher, Blechbläser und Schlagwerk zu hören war. Da dominieren einschmeichelnde Klänge aller Streicher, einzelner Gruppen und einzelner Instrumente. Bewegte Streicherfiguren dazwischen und ein an Bartók, ja sogar von ferne an Bruckner erinnernder prächtiger Blechbläserchor schaffen Kontraste. Voller Elan und Energie erklang dann Felix Mendelssohn Bartholdys „Italienische“. Es blitzte und funkelte. Doch etwas mehr Seele hätte dem gut getan. Die war dann in der Gestaltung der „Vierten“ von Johannes Brahms zu erleben. Chaillys

Musikalischer Herbst mit Mendelssohn

Neigung zu starken Effekten prägte den Schlußteil des Finalsatzes und führte zu Bravorufen, bevor der Schlusssakkord verklungen war. Fast akademisch begann dagegen am Sonntagabend auf dem Augustusplatz unter Chaillys Leitung das Freiluftkonzert mit George Gershwins Kubanischer Ouvertüre. Auch bei der folgenden Rhapsody in blue mit Peter Jablonski als akkuraten Pianisten fehlte der Swing. Der Beifall blieb hier wie bei den Variationen über „I Gut Rhythm“ und „Lullaby“ entsprechend verhalten. Swing kam erst hinein, als der in Jamaika geborene, an der New Yorker Juilliard School ausgebildete Afroamerikaner Sir Willard White als Solist und im Duett mit Indra Thomas sowie in Gemeinschaft mit dem Opern-chor Songs aus Porgy und Bess stimmlich und gestisch mit Leben erfüllte. Da brauste Beifall auf und eine Zugabe war fällig. In der Woche vorher wartete das Gewandhaus bereits mit einem total ausverkauften Sinfoniekonzert des Simón-Bolívar-

Jugendorchesters aus Venezuela auf. Da erklangen die Sinfonischen Tänze aus Leonard Bernsteins West Side Story unter Leitung des jungen Gustav Dudamel so hin-reißend als stünde der Komponist noch selber am Pult. Dann spielten diese zum großen Teil in komplizierten sozialen Verhältnissen aufgewachsenen jungen Musikanten Gustav Mahlers zerklüftete fünfte Sinfonie mit einer Leidenschaft, als würden sie ihr eigenes Schicksal erzählen. Hin-reißend. Erschütternd.

Doch auch die nun schon vergangenen Sommermonate boten viel Musik. Die Montagskonzerte auf dem Thomas-kirchhof besitzen nach wie vor große Anziehungskraft. In der Mendelssohn-Hochschule für Musik und Theater waren Konzerte der Lehrer und Teilnehmer der diesjährigen Euro Music Academy Leipzig zu erleben. Im August gab es in der Hochschule und auch auswärts Konzerte der Leipziger Orgelakademie. Und nicht nur in der Thomas- und der Nikolaikirche fanden vielgestaltige Orgelkonzerte einheimischer und auswärtiger Organisten statt.

• WERNER WOLF

Lachmessezeit

Das Europäische Humor- und Satirefestival lädt vom 11. bis 21. Oktober in große und kleine Säle Leipzigs. Nun schon zum 17. Mal. Der Maitre de plaisir Arnulf Eichhorn verspricht – und wir glauben's ihm – einen gesunden Mix aus den „alten Barden“ des Kabarets mit durchweg neuen Programmen und eine stattliche Anzahl sensationeller Neuentdeckungen wie die Musikkomödiantin und Cellistin der Londoner Philharmoniker Rebecca Carrington oder auch Leipziger Debütanten wie Matthias Brodowy oder das Hamburger Politbüro und die großartige Sandra Kreisler. Satirische Lesungen mit Renate Holland Moritz und Volly Tanner sind ebenfalls geplant. Alle Leipziger Kabarets zeigen während der elf Tage ihre neuesten Programme. Es lohnt sich das vollständige Programm mit der gebotenen Muße zu studieren. Und es ist ein übles Gerücht, dass es ohnehin keine Karten mehr gäbe. Ausverkauft ist allerdings die Jürgen-Hart-Satire-Matinee. • Z.

Diplome 2007 überreicht



DIE NEUE KÜNSTLERGENERATION IST GEKÜRT. Mit den Diplomen 2007 der Leipziger Hochschule für Grafik und Buchkunst versehen, wird sie den Spagat zwischen Markt und Anspruch meistern müssen. Die 37 Diplomanden haben zudem die Gelegenheit erhalten, ihre Abschlussarbeiten in den dicken Mauern der HGB zu präsentieren. So fotografiert Anna-Katharina Olthoff, Fachklasse für Grafik und Buchkunst, ihre Studienkolleginnen und -kollegen („Das Bild des Künstlers als junger Mensch“): eine Momentaufnahme zwischen Bohème und Bürgerlichkeit. Natürlich die Malerei, sie wird besonders begüßt, begutachtet, angehimmelt, Neo Rauch lässt grüßen. Seine Schülerin Hjordis Baacke verewigt gleich viermal Ex-oberbürgermeister Tiefensee, ironisch, gebrochen, distanziert. Bei Maria Sainz Rueda mit ihrem albraumhaften „Reigen“ meint man den Mentor sogar als Figur zu erkennen. Sehr eindringlich, anmutig auch ihre „Verführung“, eine Dame im Abendkleid vor einem Gemälde – doppelte Ver-

führung? Dagegen setzt sein Schüler Johannes Rochhausen auf Atelieratmosphäre, konstruiert, trotzdem mehr als ein Stilleben. Gleichwohl ist es einer anderen Kunstgattung gelungen, aus den Schatten der übermächtig erscheinenden Malerei herauszutreten. Die Medienkunst, genauer die Filmkunst. Steffi Havlitschek ist der große Wurf gelungen mit ihrem Halbstundenstreifen „Onsara Nok rettet die Welt“. Sie spielt mit Suggestionen und Phantasien, schwarz-weiß, ohne Hintergrund, nur mit der Kraft der Darstellung. Havlitschek spielt alle Rollen selbst, sie ist die Filmemacherin Sarah, die Figuren erfindet, um von ihnen überwältigt zu werden. Havlitschek-Sarah erschafft die Heldin Onsara Nok und treibt die Vorstellungskraft, erstaunlich bunt und grell. „Keine Vortäuschung einer geschlossenen Realität“ ist ihr Motto. Medienkritik mal anders. Eine surreale Kopfarbeit. Ein Spiel mit Allüren, Träumen und Erzählebenen. Eine Abrechnung mit Gesten und Worten, mit Kritikern und anderen Würdenträgern. Am Ende wird alles gut, die Welt gerettet. Sie wird bunt?



• D. M. Mit welchem Auge sieht man besser ?

Foto: HGB

Über die gefühlte und real Inflation im Alltag wird gerade in diesen Tagen viel geschrieben. Durch Zufall stieß ich jetzt auch – obwohl immer vermutet – auf eine sehr konkrete Inflation in den Medien. Der Anlass, ein wunderbar schwarz-weißer Programmtag auf dem gebührenfinanzierten Kulturkanal 3sat. 24 Stunden (am 25. August), schwarz-weiß-Sendungen und Filme, da vor 40 Jahren die ARD mit der PAL-Farbastrahlung begann. Die DDR folgte bekanntlich zwei Jahre später mit dem französischen SECAM-System – aus Anlass ihres 20. Jahrestages und setzte ein Zweites Fernsehprogramm sowie eine farbige Programmzeitschrift „FF-Dabei“ in Millionenaufgabe hinzu. 3sat kramte, wie gesagt, dieser Tage in den Archiven und strahlte einen so genannten „West-Straßenfeger“ aus. Kulenkampfs internationales, unterhaltsames Wissensquiz „EWG: Einer wird gewinnen“. Kluge und kultivierte Leute wurden da befragt, ohne dass ihnen ein

FF dabei DER FILM- UND FERNSEH-LINK

Inflation

Von MICHAEL ZOCK

Lösung, wie heute üblich, vorgegeben wurde. Am Ende dieses Zwei-Stunden-Marathons stand der Hauptgewinn: 2000 Mark. Ich habe keine Null vergessen!!! Über diese zweitausend DM freute sich die Gewinnerin des Jahres 1968 sehr. Sie wurden in Goldmünzen überreicht. Übrigens, bei einem ähnlich schweren Wissenstest, der beim Deutschen Fernsehfunk in Adlershof einst der Dokumentarist Karl Gass unter dem Titel „Sind Sie sicher?“ moderierte, waren die Preise, bei einem sehr hohem Niveau der Fragen,

ähnlich „bescheiden“. Die Inflation der Dummheit begann vor Jahren. Die Folgen: Wenn heute 1000 Euro – das ist einstiges Kulenkampfsches Siegeniveau – mit der SATI-Blödeli gewonnen werden können: „Was verliert man bei Abnehmen? Rettungsringe oder Rettungsboote?“

Längst im derzeitigen Fernsehen vergessen, die Fähigkeit, eine kluge Quizfrage fast als „Prüfung“ zu beantworten. 1968 wussten beispielsweise Quiz-Kandidaten noch etwas über James Joyce, heute kommen sie bei Fontane trotz Hilfestellung ins Schlingern. Eine Million Euro entsprechen ungefähr zwei Milli-onen DM. Das ist eine formal tausendprozentige Inflation des Hauptgewinns, wenn man den ARD-Kuli von 1968 mit RTL-Jauch 2007 vergleicht. Dass im realen Leben inzwischen von vielen Leuten jeder Euro dreimal angeschaut wird, bevor er über die Ladentheke wandert, karikiert nicht nur die Inflation medialer Dummheit auf besondere Art und Weise.

„Sadisten oder Wie ein Gesetz entsteht...“

Auch das jüngste seiner Programme hat Dietrich Kittner für das DVD-Heimkino gebrannt. Seit Jahren sind dem Kabarettisten die TV-Sender verschlossen.

Mit bissigem, schwarzen Humor karikiert der Hannoveraner die BRD in all ihren Facetten, hält dabei seinen linken Daumen in die Wunden. Er zeigt die Plätze, nennt die Namen, die mit antidemokratischen Zuständen verbunden sind. Ob als Reporter, Nachrichtensprecher oder in der Robe eines Bundesrichters – bei seinen Sichten bekommt das Zwerchfell eine Gänsehaut. Zur Illustration gibt es Fotos sowie die kongenialen Zeichnungen von Guido Zingerl. Aus dieser Mischung entstand ein neuer „alter“ Dietrich Kittner auf DVD im Vertrieb von Edition Logischer Garten in Hannover. • KARL-H. WALLOCH

Dieser Titel unterscheidet sich in wesentlichen Merkmalen von den zahlreichen erschienenen Büchern der Flucht- und Vertreibungsliteratur. Hier geht es nicht um die Schicksale einzelner Personen, Familien oder Gruppen von „Reichsdeutschen“, deren Heimat in den ehemaligen deutschen Ostgebieten lag, sondern um einzelne „Volksdeutsche“, die vor allem in den Jahren 1939/40 aus nichtdeutschen osteuropäischen Ländern „heim ins Reich“ geholt wurden, also zwangsweise umgesiedelt, repariert worden sind, oder um Polen, Ukrainer, Rumänen, Juden, die durch Deportationen (oft in den „Warthegau“) das gleiche Schicksal erlitten.

Auf diese Umsiedlungsaktionen, von denen damals mindestens eine Million Menschen betroffen waren, folgten in der Zeit des zweiten Weltkrieges meist weitere Flucht- bzw. Verschleppungsetappen, die erst nach dem Kriegsende mit einer langfristigen Sesshaftwerdung endeten.

Die Autorin, eine bekannte Journalistin und Buchautorin, von 1988 - 1994 Korrespondentin der ZEIT in Warschau, hat mit zehn

Vom Verlust der Heimat zwischen Oder und Bug

Personen ausführliche Explorationen durchgeführt: d. h. bei Zeitzeugen, die inzwischen 78 bis 93 Jahre alt sind und über Ereignisse zu berichten hatten, die mehr als 60 Jahre zurücklagen.

Helga Hirsch hat nicht nur in feinsinniger und einfühlsamer Art die Charaktere ihrer GesprächspartnerInnen und ihre oft dramatischen Lebensereignisse und Schicksalsschläge auf den meist viele Hunderte, manchmal auch Tausende Kilometer betragenden Distanzen ihrer Migrationsrouten nachgezeichnet. Sie hat jedes Kapitel auch durch interessante zeitgeschichtliche Informationen eingeleitet sowie durch Photos und eine Skizze der zurückgelegten individuellen Migrationsorte beigefügt.

Besonders hervorgehoben werden soll jedoch der sachliche Stil ihrer Darstellung. Es wird nichts tendenziös aufgebauscht,

schon gar nicht in revanchistischen Interpretationen oder nur in Zwischentönen Politik gemacht. Auch wenn ihr die altgewordenen Zeitzeugen ein Stück entgegengekommen sein könnten, die sich im Lichte der herblichen Abendsonne ihres Lebens eher milder und zufriedener erinnern dürften als die Realität vor 60 Jahren war, verdient die objektive Berichterstattung der Autorin den Respekt der Leser. Dass sie ihr Buch mit einem spät sich erfüllendem Liebesglück zwischen der Deutschen Elvira und ihrer Jugendliebe, dem Polen Fortunat ausklingen lässt, belegt nachdrücklich ihre moralische und politische Sicht.

• **WALTER FRIEDRICH**

Helga Hirsch: *Entwurzelt. Vom Verlust der Heimat zwischen Oder und Bug*. Edition Körber-Stiftung, Hamburg 2007. 300 S., 20 Euro

Der gründlichen Auseinandersetzung mit der Nazi-Ideologie dienen zwei Bücher, auf die aufmerksam zu machen ist.

Bei Ute Scheub ist es die persönliche Betroffenheit, mit der sie die Suche nach den Lebensspuren ihres Vaters, einem öffentlichen Selbstmörder, betreibt. 30 Jahre nach dessen spektakulären Tod enthüllen Tagebuchnotizen und Abschiedsbriefe mehr als nur sein Leben. Eine überaus ehrliche und mutige Abrechnung, die sowohl fasziniert als auch schockiert.

Dagegen ist das Buch von Jörg Friedrich eine außerordentlich gründliche und entlarvende Dokumentation zur Geschichte der

Faschistische Täter in der Nachkriegsgesellschaft

Naziverbrechen und die Amnestierung der Täter als „zusammengehörigen Akt, der die Bundesrepublik und das Dritte Reich miteinander verbindet“. Vieles, was meine Generation, die die Nazizeit, den Krieg und die Nachkriegszeit noch selbst erlebt hat, bereits weiß, wird hier anhand von Justizurteilen (deren Begründer und Begründungen gleichfalls vorgestellt werden) überdeutlich: „Es wurde nicht einfach vergessen, die einzigartigen Verbrechen ... zu sühnen – vielmehr wurde jedwede Anstrengung getroffen, Täter und Mittäter in die Nachkriegsgesellschaft zu integrieren, in der sie sich unauffällig verflüchten.“ Ein Buch, das man unbedingt lesen muss, um die Zählebigkeit und das Weiterwachsen dieser Ideologie und ihre Auswüchse in der Gegenwart zu begreifen.

• **HEINZ SÄNGER**

Ute Scheub: *Das falsche Leben. Eine Vatersuche*. Piper Verlag, München 2007. 291 Seiten, 8,95 Euro

Jörg Friedrich: *Die kalte Amnestie. NS-Täter in der Bundesrepublik*. List Taschenbuch, Berlin 2007. 543 Seiten, 12,95 Euro

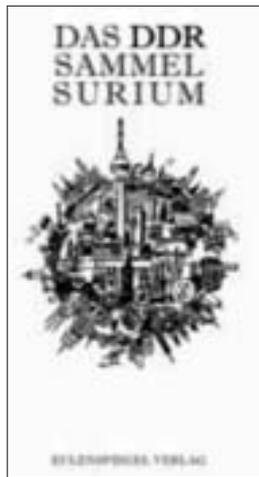
„Abstellkammer“ der Erinnerungen

Im Ausland wurde ich früher oft gefragt, „Wie ist das bei Euch in der DDR eigentlich?“ Die Fragen bezogen sich in der Regel auf die Lebensweise der Bevölkerung, auf Lohn- und Gehaltsfragen, Sozialversicherung oder ob es genügend Wohnraum gibt. Für einen gelernten DDR-Bürger alles leicht zu beantwortende Fragen.

Franziska Kleiner jedenfalls erinnerte sich an ganz andere Fragen: Welche Musik hatte ich gehört, welche Filme gesehen, welche Bücher gelesen, wie meine Ferien verbracht, ja auch Comics kannte ich ...

Die Herausgeberin des DDR-Sammelsuriums hat hunderte Antworten notiert – wie Burgen und Schlösser genutzt wurden, welche Indianerfilme die DEFA drehte, welche Waschmittel es gab. Gab es auch Computer in der DDR? Erinnere sie sich noch an die 40 Zigarettenmarken, an die mehr als 100 Verlagsnamen, an die Torschützenkönige der Oberliga oder die Ehrenmitglieder des Deutschen Theaters?

Kleiner sammelte weder nach dem Prinzip der Vollständigkeit



noch nach dem Dokumentationsprinzip. Die Arbeit war einfach „ein gutes Stück Erinnerung und ein großer Teil Neuentdeckung meines Dörfchens DDR“. Es hat sich gelohnt, diese „Abstellkammer“ der Erinnerungen herauszugeben. • **FRANZ-K. HITZE**
Franziska Kleiner: *Das DDR-Sammelsurium. Eulenspiegel Verlag, Berlin 2006. 192 Seiten, 16,90 Euro*

Details zum „Schießbefehl“

Der Begriff „Schießbefehl“ ist zum Synonym manipuliert worden. Er dient allen sich täglich mit der sogenannten Aufarbeitung befassenden Medien als Beleg für die „unmenschliche“ DDR. Als Mitte August 2007 – also zum passrechten Termin für neue Mauer-Anklagen – in einem Magdeburger Aktenkeller ein augenblicklich als „Beweis-Akte“ deklariertes Papier aufgestöbert wurde, lautete die Top-Nachricht aller Nachrichtenverbreiter wieder einmal: „Schießbefehl gefunden!“ Das die Behauptung schon Stunden später dementiert werden musste, hinderte die Medien nicht daran, das Thema im Hinblick auf die DDR-Attacken weiter ausgiebig zu strapazieren.

Im Grunde steht man diesen endlosen Angriffen ratlos gegenüber. Wer wäre schon in der Lage gegen diese „Feuerwalze“ anzugehen?

Verblüffend: Der kleine SPOTLESS-Verlag meldet sich auch in solchen Situationen zu Wort. Nicht mit „Widerreden“, sondern mit verblüffenden Fakten. Karl Graff, dessen SPOTLESS-Titel „Schüsse an einer anderen

deutschen Grenze“ bereits 1995 erschienen, aber von den Obrigkeitsmedien konsequent ignoriert worden war, legt mit „betr. deutsche Schießbefehle“ nun eine neue Publikation vor, die im Rahmen einer bescheidenen Dimension die Geschichte der Schießbefehle in Deutschland nachzuzeichnen versucht. Er zitiert einen Befehl aus dem Jahre 1921, der seitdem den Schusswaffengebrauch an deutschen Grenzen regelte und erinnert daran, dass sich der Deutsche Bundestag bereits in den fünfziger Jahren mehrmals mit Todesschüssen an der bundesdeutschen Westgrenze zu befassen hatte.

Wer die damaligen Reden, Berichte und Kommentare heute liest, wird nur bestätigen können, wie umfassend der Begriff Schießbefehl umgedeutet, also manipuliert wurde. Die Broschüre ist für 3 Euro erhältlich, demzufolge als nützliche Aufklärungsliteratur zu betrachten.

• **J.G.**

Karl Graff: „betr. deutsche SCHIESSBEFEHLE“. Spotless Verlag, Berlin 2007. Brosch., 3 Euro.

Etwa 200 000 Kämpfer haben regelmäßig an den Wochenenden in den Kampfgruppen der Arbeiterklasse Dienst getan. Warum taten sie das eigentlich? Wieso konnte die DDR als einziger Staat der Welt Arbeiter bewaffnen ohne Angst haben zu müssen, dass diese die Waffen gegen den eigenen Staat richten würden? Und das auch noch in den krisengeschüttelten 80er Jahren? Besonders Westpolitiker und -historiker haben darüber gerätselt und die verwegendsten Theorien entwickelt. Es wurde Zeit, dass diese DDR-Bürger endlich gewürdigt werden.

Doch der Reihe nach: Die Autoren Dieter und Evelin Schulze erläutern zuerst ausgiebig die historischen Wurzeln der Kampfgruppen und beginnen da – wie in der Traditionspflege der NVA – mit dem Bauernkrieg. Diese ersten etwa 25 Seiten

Das große Buch der Kampfgruppen

enthalten recht verwegene Thesen. Man müsste heute eigentlich erwarten, dass erkannt wird, dass zwischen der Volksbewaffnung in revolutionären Krisen und den Kampfgruppen im DDR-Staat Welten liegen, die Kampfgruppen eben keine „allgemeine Volksbewaffnung“ waren. Dann folgt eine Geschichte Nachkriegsdeutschlands, der DDR und des Kampfes des deutschen Imperialismus gegen diesen Staat DDR. Das Ganze verläuft, was das Lesen sehr erschwert, zweigleisig, nämlich zum einen im Text (was ja normal ist) und zum anderen durch sehr viele Bilder, deren

Texte aber so lang sind, dass sie eine Geschichte für sich bilden, die nicht immer mit der Textgeschichte korrespondiert. Oft verschwinden die Aussagen zu den Kampfgruppen hinter viel zu viel allgemeiner Geschichte.

Eine Konzentration auf das Thema Kampfgruppen erfolgt dann bei der Ausbildung, den Uniformen und Auszeichnungen. Sehr gut sind die Ausführungen zur Wismut-Polizei, auch wenn sie nicht zu den Kampfgruppen gehörte. Hier macht sich auch die ausgiebige Archivarbeit im Staatsarchiv Chemnitz positiv

bemerkbar. Demgegenüber wurden zu den Kampfgruppen die staatlichen Archive nicht ausgewertet.

Die umfangreiche Zeittafel ist hilfreich, enthält aber die kritisierten Mängel des Buches. Unklar ist, was zum Beispiel die Einführung einer neuen Straßenverkehrsordnung (10.1.1964 und 1.1.1978) mit den Kampfgruppen zu tun hatte.

Fazit: Ein Buch zu einem wichtigen Thema der DDR-Geschichte, das aber recht ausschweifend ist und manche Fragen offenlässt.

• **DIETER KÜRSCHNER**

Dieter und Evelin Schulze: *Das große Buch der Kampfgruppen. Geschichte, Aufgaben und Ausrüstung sowie alles über die Wismut-Polizei*. Verlag Das Neue Berlin 2007. 256 S., 19,90 Euro

KALENDERBLATT

Vor 100 Jahren geboren

Helmut Himpel

Der parteilose Zahnarzt Helmut Himpel, geboren am 14. September 1907 in Schönau, hatte sich gemeinsam mit seiner Verlobten Marie Terwiel, die wegen ihrer jüdischen Herkunft ihr Jurastudium aufgeben musste, dem Kreis der Antifaschisten um Harro Schulze-Boysen und Dr. Arvid Harnack angeschlossen. Es war die Widerstandsorganisation, die von der Gestapo „Rote Kapelle“ genannt wurde. Zu ihr zählten neben Kommunisten und Sozialdemokraten auch Christen, parteilose Bürgerliche, Adlige, Menschen verschiedener Berufe. Im engeren gehörten Helmut Himpel und Marie Terwiel zu einer Gruppe innerhalb der „Roten Kapelle“ um den Neurologen Dr. John Rittmeister, der sie für den organisierten antifaschistischen Widerstand gewonnen hatte.

Helmut Himpel und Marie Terwiel, über deren Widerstandsarbeit wegen der notwendigen strengen Konspiration nur sehr wenige Details bekannt sind, waren oft an der Verbreitung von Flugblättern gegen die mörderische Diktatur des Faschismus und den von ihm aufs brutalste geführten Krieg beteiligt. So hatten sie auch Anteil an der Flugblattaktion gegen die faschistische Hetzausstellung „Das Sowjetparadies“ in Berlin, auf die am 17. Mai 1942 die Herbert-Baum-Gruppe einen Brandanschlag verübte. Die Rache der Faschisten war entsetzlich. 500 Juden in Berlin wurden deshalb verhaftet, davon 250 erschossen und 250 in ein Lager überführt.

Im September gelang es der Gestapo, Helmut Himpel und Marie Terwiel sowie eine größere Anzahl von Antifaschisten zu verhaften. Beide wurden zusammen mit dem Kommunisten Walter Husemann und der parteilosen Bildhauerin und Tänzerin Oda Schottmüller von der faschistischen Justiz im Januar 1943 zum Tode verurteilt.

Am 13. Mai 1943 wurde Helmut Himpel, erst 36 Jahre alt, in der berüchtigten Hinrichtungsstätte Zuchthaus Berlin-Plötzensee enthauptet. Minuten zuvor war bereits Walter Husemann hingerichtet worden.

Am selben Ort wurde am 5. August 1943 Marie Terwiel's Todesurteil vollstreckt. Minuten danach folgte ihr auf diesem Schafott Oda Schottmüller in den Tod.

Der letzte Satz des Briefes von Helmut Himpel an seine Schwester Ursel und seinen Bruder Gerd, unmittelbar vor seiner Hinrichtung geschrieben, hieß schlicht: „Denkt mit guten Gedanken an uns!“ • **K. SCH.**

Für die Medien war es ein sensationelles Ereignis als am 7. September 1987 Erich Honecker zu einem offiziellen fünfjährigen Besuch in der Bundesrepublik eintraf, für die Politik war es ein Erfolg der Vernunft in einer von nuklearem Inferno bedrohten Welt, für die Menschen in Ost und West eine Hoffnung auf Verständigung in humanitären Fragen. Mit allen entsprechenden Ehren eines Staatsoberhauptes empfangen, standen im Zentrum des Besuches Gespräche mit Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundespräsident Richard von Weizsäcker sowie eine Visite in Bayern, um Gespräche mit Franz-Josef Strauß zu führen, der bekanntlich den Milliardenkredit für die DDR gemanagt hatte. Im Anschluss an die Gespräche in Bonn besuchte Honecker Nordrhein-Westfalen (Köln, Düsseldorf, Wuppertal, Essen), das Saarland (Saarbrücken, Neunkirchen), Rheinland-Pfalz (Trier) und Bayern (München, Dachau).

Dieser Besuch, der als Erwiderung auf die mit Bundeskanzler Helmut Schmidt am Werbellinsee geführten Gespräche im Dezember 1981 galt, sollte bereits früher erfolgen, doch 1983 und 1984 waren geplante Besuchsreisen aus unterschiedlichen Gründen abgesagt worden. Die SPD/FDP-Koalition hatte am 17. September 1982 ihr Ende gefunden. Die Unionsparteien hatten die Bundestagswahlen am 6. März 1983 gewonnen und Helmut Kohl stand nunmehr an der Spitze einer Koalition mit der FDP. Damit waren in der BRD neue innenpolitische Verhältnisse entstanden, die zu einer weiteren Verzögerung des Besuchs geführt hatten. Hinzu kam, dass Moskau mehrere Male den Honecker-Besuch in der BRD blockiert hatte. Erst in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre erweiterte sich allmählich der Spielraum der DDR-Führung. Nicht zu übersehen war auch Honeckers gewachsene Rolle in der internationalen Arena, die er zur Stabilisierung und Fortsetzung des Ost-West-Dialogs seit Ende der siebziger Jahre wirkungsvoll genutzt hatte.

Die realen Gegebenheiten für die avisierten Gespräche waren schwierig, Besonnenheit und Augenmaß waren vonnöten. Der Abschluss des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen beider Staaten vom 21. Dezember 1972 hatte zwar nicht wenige Erleichterungen zur Folge, war aber seitens der BRD aus der Sicht der staats- und nicht der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR erfolgt. Für die westdeutsche Seite galt weiterhin nur eine deutsche Staatsbürgerschaft, die der BRD. Von diesem Standpunkt aus waren die Bürger der DDR letztlich Staatsbürger der BRD. Die DDR wurde nicht als Ausland, sondern de facto als deutsch-deutsches Inland betrachtet. Das hatte den Kompromiss zur Folge, dass zwischen beiden Staaten nicht die Einrichtung von Botschaften, sondern von Ständigen Vertretungen vereinbart worden war. Die Rechtsauffassung der BRD besagte, dass es bundesdeutschen Behörden überlassen blieb, DDR-Bürgern eine „BRD-Staatsbürgerschaft“ zu verleihen, aber sie auch für Handlungen als DDR-Bürger auf dem Territorium ihres Staates nach BRD-Recht zu verurteilen, sobald sie westdeutschen Boden betreten haben. Für die BRD galt nach wie vor die Einheit der deutschen Nation, während die DDR ihre Abgrenzungspolitik gegenüber der BRD auf die These von zwei deutschen Nationen, einer kapitalistischen und einer sozialistischen Nation, stützte, wenn auch in den achtziger Jahren eine leichte Modifizierung erfolgte, indem sie sich auch auf die preußisch-deutsche Vergangenheit bis hin zu Martin Luther und Friedrich dem Großen bezog. Hierbei berief sich die DDR in der völkerrechtlichen Theorie aufs angelsächsische territoriale Nationsverständnis, demgegenüber die BRD auf eine ethische Definition der Nation. Im Unterschied zur BRD verstand sich die DDR

Vor 20 Jahren: Erich Honecker besucht BRD**Ein Erfolg der Politik der Vernunft und des Realismus**

Erich Honecker und Helmut Kohl vor Beginn der Gespräche in Bonn am 7. September 1987

nicht als Nachfolgestaat des Dritten Reiches. Neben den nicht überbrückbaren Gegensätzen in den zentralen Fragen des Selbstverständnisses der beiden deutschen Staaten hatte sich dennoch vor allem durch den KSZE-Prozess das Klima für mögliche Verhandlungen günstiger gestaltet. Kohl und Honecker verfolgten eine pragmatische Verhandlungslinie, die zwar die Positionen der jeweils anderen Seite nicht teilte, aber ange-

Betrachtet man den Besuch Erich Honeckers in der BRD unter dem Aspekt des späteren Beitritts der DDR zur BRD, so ist klar erkennbar, dass der Geist der Gespräche auf gleicher Augenhöhe vom September 1987 nunmehr bei den Verhandlungen des Vereinigungsvertrages völlig ignoriert worden ist.

sichts angestrebter Ergebnisse respektierte. Beide Seiten bekräftigten in ihrer *Gemeinsamen Erklärung* vom 12. März 1985 in Moskau, dass von deutschem Boden in Zukunft nur Frieden ausgehen darf, was angesichts dessen, dass die deutsch-deutsche Staatsgrenze zugleich die sensible Trennlinie von NATO und Warschauer Pakt bildete, höchst bedeutsam war. Ebenso war von wesentlicher Wichtigkeit, die im *Gemeinsamen Kommuniqué* verankerte Grundposition: „Unter Berücksichtigung der Gegebenheiten und unbeschadet der Unterschiede der Auffassungen zu grundsätzlichen Fragen, darunter zur nationalen Frage, ist es die Absicht beider Seiten, im Sinne des Grundlagenvertrages normale gutnachbarliche Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu entwickeln und die Möglichkeiten des Vertrages auszuschöpfen.“ Des Weiteren wurde betont, die Unabhängigkeit und Selbständigkeit jedes der beiden Staaten in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten zu respektieren. Unterschiede in der Sichtweise auf die deutsch-deutschen Beziehungen zeigten sich vor allem darin, dass Honecker betonte, „dass Sozialismus und Kapitalismus sich ebenso wenig vereinigen lassen wie Feuer und Wasser“ – eine unbestrittene richtige Feststellung –, während Kohl unterstrich, die bestehenden Grenzen zwischen beiden Staaten zu achten, „aber die Teilung auf friedlichem Wege durch einen Prozess der Verständigung überwinden“ zu wollen. Aufsehen erregte die offensichtlich spontane Erklärung Honeckers am 10. September in Neunkirchen, dass, wenn beide Staaten entsprechend der in Bonn vereinbarten friedlichen Zusammenarbeit handeln, dann auch der Tag kommen wird, „an dem Grenzen uns nicht mehr trennen, sondern vereinen, so wie uns auch die Grenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen vereint“.

Während des Besuches wurden Abkommen und Vereinbarungen zur Gestaltung der Beziehungen auf den Gebieten des Umweltschutzes, des Informations- und Erfahrungsaustausches zum Strahlenschutz sowie zu Fragen der Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technik abgeschlossen. Darüber hinaus enthielt das *Gemeinsame Kommuniqué* zahlreiche Positionen, die Ausgangspunkte für eine Fortsetzung und Intensivierung der Kontakte auf hoher politischer und auf anderer Ebene waren. Man kann feststellen, dass auf beiden Seiten das Bemühen erkennbar war, auf staatlicher Ebene unter den real möglichen Bedingungen der globalen konfrontativen Verhältnisse ein Maximum an Kooperation zu ermöglichen.

Betrachtet man den Besuch Erich Honeckers in der BRD unter dem Aspekt des späteren Beitritts der DDR zur BRD, so ist klar erkennbar, dass der Geist der Gespräche auf gleicher Augenhöhe vom September 1987 nunmehr bei den Verhandlungen des *Vereinigungsvertrages* völlig ignoriert worden ist. Die DDR wurde ohne Wenn und Aber in das ökonomische und politische Gesellschaftssystem der BRD einverleibt und Erich Honecker nunmehr von der Regierung Helmut Kohls wie ein Verbrecher behandelt.

Obwohl seither viel Zeit ins Land gegangen ist, ist nach wie vor der arrogante bundesdeutsche Umgang mit der Geschichte der DDR gang und gäbe. Mit dem antikommunistischen Kampfbegriff *Stalinismus* wird nahezu alles angegriffen, was die DDR war oder gewesen sein sollte. Das konnte und kann nicht gut gehen, weil dadurch die deutsche Nachkriegsgeschichte einseitig entstellt und eine ehrliche Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR, darunter auch die stalinistischen Auswirkungen, ernsthaft behindert wird. Das heißt: Wenn schon „Deutschland einig Vaterland“, dann aber nicht wie bisher gehabt.

• **KURT SCHNEIDER**



Von
**KLAUS
HUHN**

Ich darf darauf verweisen, dass weder Leipzigs Neue noch sonst eine deutsche Zeitung je einen so profilierten Sport-Autor hatte, wie wir heute: Fidel Castro Ruz. Wer die Biografie des kubanischen Staatschefs – derzeit bekanntlich im Genesungsurlaub – kennt, weiß, dass er in seiner Jugend zwischen dem Jura-Studium und einer Laufbahn als Profi-Baseballspieler schwankte, sich dann aber – Welch Glück! – für die Jurisprudenz entschied. Dennoch blieb er sein Leben lang dem Sport treu, als Freizeitaktiver und als „Fan“. Als dieser Tage ein Hamburger Manager, der davon träumt, mit Boxern Millionen zu verdienen und sich darauf spezialisierte, kubanische Boxer bei ihren Starts im Ausland mit Millionenangeboten zu ködern, in Brasilien aktiv wurde und zwei berühmte Kubaner in die Bundesrepublik Deutschland zu entführen versuchte, wurde Fidel in seinem Krankenzimmer aktiv. Er sammelte alle Meldungen, die bundesdeutsche Agenturen und Medien über die Affäre verbreitet hatten und schrieb dann den Report: „Der widerliche Kauf von Athleten“, den wir hier – nur wenig gekürzt – wiedergeben:

Was ist vom technologischen und wirtschaftlichen Standpunkt her das größte Problem für arme Länder? Die Antwort lautet: Die Abwerbung qualifizierter Arbeitskräfte.

Und vom patriotischen und erzieherischen Standpunkt? Die Abwerbung von Talenten.

Verständlicherweise fragen sich viele, was das Motiv für den Raub sportlicher Talente ist, nachdem arme Länder oft enorme Mittel aufbrachten, um diese Talente auszubilden?

Kuba, dessen Anstrengungen und Erfolge im Amateursport niemand bezweifelt, leidet wohl mehr als jedes andere Land unter den Bissen dieser gefräßigen Piranhas. ... Als ich dieser Tage von einer deutschen Mafia und den von ihr zur Bestechung kubanischer Athleten aufgewandten Dollar-Millionen sprach, fühlten sich die Betroffenen sofort angesprochen und schworen: „Nein, wir sind keine Mafia.“

Und dabei hatten sie in allen Einzelheiten geschildert, wie ihr übles Geschäft des Boxer-Kaufs funktionierte.

Ihre Auskünfte, die ich die Geschichte dokumentierend, in Anführung setze, lauteten in der Reihenfolge, in der sie mir – übersetzt – in die in die Hände gerieten:

„Hamburg 24. Juli (dpa). Die Vertreter der Arena Box Promotion, ein deutscher Boxstall, der Amateurboxer im Ausland anwirbt, verteidigte sich heute gegen die Kritik des kubanischen Präsidenten, Fidel Castro.“

„In Deutschland gibt es eine Mafia, die sich der Auswahl, des Kaufes und der Förderung kubanischer Boxer bei internationalen Turnieren widmet“, behauptete der kubanische Revolutionsführer. 'Sie benutzt raffinierte psychologische Methoden und viele Millionen Dollar', fügte er hinzu.“

„Hamburg, 25. Juli (dpa). Die zwei kubanischen Boxer, Guillermo Rigondeaux und Erislandy Lara, die während der Panamerikanischen Spiele in Rio de Janeiro ihre Mannschaft verließen, nahmen über Vermittler Kontakt

Kämpfer vorenthalten. Ich zeige sie der Welt', unterstrich der junge 34jährige Promoter. Der 26jährige Rigondeaux ist von überragender Klasse. Der Doppel-Olympiasieger im Bantamgewicht gewann zwischen 1999 und 2003 nacheinander 142 Kämpfe.“

„Die Vermutungen haben aufgehört. Rigondeaux und Lara haben Verträge auf fünf Jahre mit Arena unterschrieben', so eine Mitteilung der Hamburger Gruppe des türkischdeutschen Unternehmers Ahmet Öner. Die zwei Faustkämpfer werden demnächst nach Deutschland reisen. Öner lehnte es 'aus verständlichen Gründen' ab, den Ort preiszugeben, an dem sich Rigondeaux und Lara im Augenblick aufhalten, so eine Mitteilung von Arena, aber er nahm vorweg, dass die entsprechenden Formalitäten für Visa und Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland laufen.“

„Hamburg, 26. Juli (AP). Die zwei ... kubanischen Boxer unterzeichneten am Donnerstag Verträge auf fünf Jahre mit einer Satellitenfernsehkette. ... 'Damit kämpfen jetzt die besten Nachwuchs-Profis der Welt für Arena' erklärte Unternehmenschef

Sportkolumne

Fidel als „Kriminalreporter“

zum deutschen Boxstall Arena Box Promotion auf, wie Ahmet Öner, Chef des Boxstalls, einer deutsch-türkischen Tageszeitung gegenüber erklärte. ... Daraufhin, so Öner, ... entschloss er sich, Emissäre nach Südamerika zu schicken, um zu versuchen, mit Rigondeaux und Lara in Kontakt zu treten, ohne weitere Details zu erwähnen.

Die Erklärungen von Öner wurden heute in Hamburg vom Arena-Sprecher, Malthe Müller-Michaelis, bestätigt ...

Andererseits lehnte es der Vorsitzende des Sportausschusses im Deutschen Bundestag Peter Danckert ab, Erklärungen über die geflüchteten kubanischen Sportler abzugeben. 'Das sollen die Fachleute auf dem Gebiet tun', sagte er auf Anfrage der Presseagentur DPA in Berlin.“

„Hamburg, 26. Juli (dpa). Die beiden kubanischen Boxer, Guillermo Rigondeaux und Erislandy Lara, ... befinden sich in der Türkei, wo sie auf die Erteilung der Aufenthaltsgenehmigung für Deutschland warten, wie heute die Tageszeitung Morgenpost behauptet. 'Wir haben Rigondeaux und Lara vertraglich verpflichtet', bestätigte der Chef des Hamburger Boxstalls ARENA, der Türke Ahmet Öner, der Zeitung. 'Fidel ist natürlich verärgert, aber er hat keinen Grund, sich zu wundern. Seine Boxer wollen nicht das ganze Leben lang Amateure bleiben, sondern Geld verdienen', zitiert die Tageszeitung Öner. Fidel will der Welt seine großartigen

Ahmet Öner.“

„Arena will seine Anteile an den Fernseh-Sportübertragungen erhöhen und sieht in den Kubanern eine wichtige Investition.“

„Rio de Janeiro, 26. Juli (EFE). Der deutsche Unternehmer Ahmet Öner ... gab in Erklärungen gegenüber einer brasilianischen Tageszeitung zu, die Flucht der zwei Boxer aus Kuba organisiert zu haben. ... 'Ich war es, der alles organisiert hat', versicherte der Eigentümer des Unternehmens Arena Box Promotion gegenüber der Tageszeitung 'Folha de Sao Paulo' und gab zu, eine halbe Million Dollar für die Operation bezahlt zu haben.“

Ist es nicht aufschlussreich, wie die „Mafiosi“ mit ihrer Missetat prahlen? Alle rechneten damit, dass Kuba bei den Panamerikanischen Spielen im Boxen fast alle Goldmedaillen gewinnen würde. Dem sollte ein Schlag versetzt werden. ...

Immerhin errangen wir in Sao Paulo schon 44 Goldmedaillen.“

Fidel gab seine Dokumentation am 27. Juli abends zum Druck.

Am 1. August erschienen die beiden Boxer bei der brasilianischen Polizei und versicherten, dass sie die Mannschaft zwar für einen ungenehmigten Vergnügungsbummel verlassen, aber nie die Absicht hatten, nicht nach Kuba zurückzukehren. Inzwischen sind sie wieder zu Hause.

Skurrile Psycho-Analyse per Fragebogen

Hartz-IV-Empfänger auf Job-Suche sahen sich dieser Tage mit einem bizarren Fragebogen konfrontiert. Ob Spiritualität, Speiseplan oder Politik – die Befragten werden mit äußerst persönlichen Dingen konfrontiert. Der Auftraggeber ist die Hamburger Wirtschaftsbehörde. Es handele sich um eine Studie. Der Auftragnehmer, die Gesellschaft für Innovationsforschung und Beratung (GIB) in Berlin, habe einen Fragebogen entwickelt, „um eine Differenzierung der Fördermöglichkeiten für Hartz-IV-Empfänger vorzunehmen“, so Behördensprecher von Maydell.

Ist ein Romantiker besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren als jemand, der nicht an die ewige Liebe glaubt? Bekommt, wer gern exotisch isst eher einen Job als jener, der in der Küche keine Experimente wagt? Müssen sich Hartz-IV-Empfänger darauf gefasst machen, sich bald ständig mit solchen Fragen konfrontiert zu sehen? „Ich weiß nicht, was solche Fragen

damit zu tun haben, Menschen wieder in den Arbeitsmarkt zu bringen“, so die sozialpolitische Sprecherin der Grünen GAL Martina Gregersen. Zudem sei unklar, ob jeder Befragte die Freiwilligkeit der Teilnahme erkenne und nicht aus Angst vor Repressalien alles ausfülle, so Gregersen. Selbst die SPD wertet: „Ich wage zu bezweifeln, ob dies ein richtiger Ansatz ist. Die Kompetenz dafür liegt bei der Bundesanstalt für Arbeit und nicht bei der Wirtschaftsbehörde“, so ihr arbeitsmarktpolitischer Sprecher, Hans-Christoff Dees.

Die GIB betont in diesem Zusammenhang, dass Psychogramme von Hartz-IV-Empfängern nicht nur in Hamburg erstellt würden. Es gebe sie auch in vielen anderen Städten. Inzwischen ist diese Befragung auf Druck von Hartz-IV-Empfängern sowie den Oppositionsparteien in der Hamburger Bürgerschaft vom zuständigen Wirtschaftsminister kurzfristig beendet worden.

Werbung an staatlichen Schulen

Kein Aprilscherz, was den Schulen der

Hansestadt droht: Mit großem Tamtam hat Hamburgs Schulsenatorin Alexandra Dinges-Dierig, CDU, am 29. August die Türen an Hamburgs Schulen für die Werbetour von CocaCola bis Nike Turnschuhe geöffnet und damit das Werbeverbot an Hamburger Schulen aufgehoben. Nach Meinung der Senatorin können gern vor dem Schuleingang Vodafone-Fahnen oder Werbepanels für Mars hängen.

Begründet wurde der Schritt mit: „...es gibt bereits das erlaubte Sponsoring an den Schulen. Davon profitieren nur die Schulen in den wohlhabenden Stadtteilen. Mit der neuen Werbemöglichkeit haben endlich auch Schulen in den Brennpunkten eine Chance. Kritisch gegen die Schulwerbung hat sich Sigrid Strauß von der GEW ausgesprochen. Für die Gewerkschafterin ist das ein unverzeihlicher Tabubruch. Kritisch sieht es auch Hans-Peter Vogeler von der Elternkammer: „Die soziale Schere vergrößert sich, weil sich Schulen in angesehenen Stadtteilen besser verkaufen können.“ Auch dieser drohende Spuk musste nun nach wenigen Tagen

abgesagt werden – durch einen Erlass des 1. Bürgermeisters, nächstes Jahr wird schließlich gewählt in Hamburg.

Traditionswerft droht mit Arbeitsplatzabbau

Wegen des geplanten Abbaus von 200 der 1100 Jobs bei Blohm + Voss droht ein Arbeitskampf auf der Hamburger Traditionswerft. „Wenn der Werftvorstand an seinem Plan festhält, könnte es zu einem Streik kommen“, sagte der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Michael Ehlert.

Die Arbeitnehmervertreter empört, dass die Unternehmensleitung den Abbau der Stellen bereits als beschlossene Sache dargestellt haben. „Es gibt weder einen Sozialplan, noch hat uns überhaupt jemand ein Konzept für einen Jobabbau vorgestellt“, so Ehlert. Begründet wird der Stellenabbau mit fehlenden Aufträgen für Kriegsschiffe aus dem Ausland. Zudem müsse der Bau von Luxusyachten effizienter und kostengünstiger werden.

• KARL-H. WALLOCH

Ein Abt auf Abwegen

Notker Wolf ist ein Vielkötter, ein Tausendsassa. Graue Kirchenmaus will er nicht sein wie mancher der deutschen katholischen Oberhirten. Neuerdings aber gerät der Star und gewählte Oberste der Benediktiner auf Abwege. In verschiedenen auf-lagenstarken Zeitungen wie zum Beispiel in der *Süddeutschen* wirbt er im Ordenskleid mit dem Abt-Brustkreuz für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.

Diese Initiative nennt sich zwar eine „überparteiliche Reformbewegung von Bürgern, Unternehmern und Verbänden für mehr Wettbewerb und Arbeitsplätze“, in der Lebenswirklichkeit ist sie jedoch eine reine Lobby für die Wirtschaft. Mit viel Geld beeinflusst sie Medien, wirkt sie über Verlage sogar auf Schulbuchhalte... Ihre finanziellen Mittel stammen u. a. vom Metallarbeitgeberverband. Politiker von CDU, CSU, FDP, aber auch von der SPD und den Grünen unterstützen die Initiative. Das Problem besteht nicht darin, dass sie sich alle für die Wirtschaft engagieren. Nur: Die von ihnen propagierte neue Marktwirtschaft ist wenig sozial. Notker Wolf wirbt für eine möglichst ungebremste Marktwirtschaft. Er wertet soziale Regelungen ab – es leuchtet das Vorurteil der sozialen Hängematte durch.

Besonders ärgerlich ist, dass Wolf das Benediktiner-Motto aus dem 6. Jahrhundert „ora et labora“ (bete und arbeite) naiv oder manipulativ in die neoliberale Marktwirtschaft überträgt. Mit dem Arbeitsethos des Heiligen Benedikt war jedoch die solidarische Gemeinschaftsarbeit gemeint – und keineswegs die ungebremste kapitalistische Ausbeutung in der BRD im Jahr 2007.

HERMANN GERATHEWOHL,
LEIPZIG

Eine Delegation mit rund 20 Jugendlichen aus der BRD besucht zur Zeit Venezuela, um sich selber einen Eindruck von den Veränderungen zu machen. „Wir sind heil angekommen und die Organisation ist super“, so Björn Blach Internationaler Verantwortlicher der SDAJ direkt aus Caracas. Im Anschluss an die Geburtstagsfeier der Weltfestspiele (www.weltfestspiele.de) beginnt die SDAJ-Delegation eine Rundreise „durch die Revolution“.

Doch bereits am ersten Tag, so ein Delegierter, haben die Jugendlichen aus der BRD Erlebnisse zum Weitererzählen: „Haben heute eine Tour durch die Stadt gemacht. Dabei haben wir Zeitungen an einem Infostand der PSUV verteilt und anschließend vor dem Parlament eine Gruppe Krankenschwestern und Pfleger getroffen, die dort ein Treffen zur Diskussion der neuen Verfassung hatten. Wir waren sehr angetan von dem ganzen. Allein die Tatsache, dass die Arbeitenden sich in der Öffentlichkeit treffen und zu diskutieren, ist schon ein großer Unterschied zum Land der Sozialpartnerschaft BRD. Und sie gehen damit selbstbewusst um und haben uns von

Unterwegs im Land der boliviarischen Revolution

Im Herzen von Caracas wurden am 26. August die Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Weltfestspiele der Jugend und Studierenden eröffnet. Hauptredner der Veranstaltung war der Minister der Volksmacht für Beteiligung und sozialen Schutz, David Velásquez.



Befreiung von den Spaniern und Unterjochung durch die USA. Auszug aus einem Wandbild, welches die Geschichte Venezuelas zeigt.

ihren Fragen und Forderungen stolz berichtet.“ Weiteres Programm in den nächsten Tagen: Weltfestspielgeburtstag mit Chavez; Seminare zu Bildung, Arbeit und Frieden und internationale Konferenz zu 60 Jahren antiimperialistischer Kampf und Solidarität im Rahmen der Weltfestspiele – und dann schließlich die große

Abschlussfeier.

Wer die Reise der Delegation oder den Weltfestspielgeburtstag unterstützen will, kann auf das folgende Konto spenden: SDAJ Bundesvorstand | Konto: 100 489 2000 | BLZ: 100 900 00 | Berliner Volksbank | Stichwort: Viva Venezuela

TOBIAS NIEMANN für die SDAJ

Zu LN 16'07: „Bundeswehr raus aus Afghanistan“

Auch Soldaten sterben für Öl

Diesem Beitrag kann man voll zustimmen, da er sachlich richtig, nachvollziehbar und insbesondere nachdenkenswert (-pflichtig) ist. Allerdings bleiben ein paar wesentliche Fakten „außen vor“. Der Aufruf listet Zahlen über Menschenopfer (durch ausländische Soldaten getötete Zivilisten, Flüchtlinge) bzw. über Milliardenausgaben für Militärausgaben auf. Auch dass es dabei nicht

darum geht, Deutschlands „Sicherheit und Freiheit“ am Hindukusch zu verteidigen, sondern nur um die Sicherung des Zuganges zu den Öl- und Gasvorkommen am Persischen Golf bzw. der kaspischen Region, ist zutreffend dargelegt. Doch über die bisher erbrachten Menschenopfer seitens der Bundeswehr ist nichts zu lesen. Die haben aber bereits ein beträchtliches Ausmaß erreicht. Sie betragen (offiziell bestätigt) weit über 60 Bundeswehrsoldaten (in allen Auslandseinsatzgebieten). Der Demonstration der LINKEN am 15. September gegen den Krieg in Afghanistan und den Abzug der deutschen Truppen ist deshalb nur zuzustimmen.

FELIX LANG, LEIPZIG

JONNY MICHEL

Wanderungen durch Neufünfland

GOETHE RIET SCHON VOR 182 JAHREN: „Die Geschäfte müssen eben abstrakt, nicht menschlich mit Neigung oder Abneigung, Leidenschaft, Gunst behandelt werden.“ Nun – erfahren wir im Thüringer Wald – geht es um sein Haus in Stützerbach und das Geschäft will nicht so recht gelingen. Die „Klassik Stiftung Weimar“ hat nämlich höchst abstrakt entschieden, sich auf ihre „Kernbereiche“ zurückzuziehen und versucht das Jagdhaus Gabelbach und das Goethehaus in Stützerbach loszuwerden. Wie wird man heute ein Goethehaus los? Man behält das Grundstück und schließt für das Gebäude einen „Erbbaurechtsvertrag“ ab. Fragen Sie mich nicht, was da drin steht, denn das muss kein

„... alles zu kaufen, nur keine Auswege“

Wanderer wissen. Jedenfalls wird emsig gestritten, wer in Zukunft die einstige Goethe-Behausung finanziert. Goethe hätte vielleicht einen Ausweg gewusst: Wollt ihr wissen, woher ich's hab / mein Haus und Hab / Hab allerlei Pfiff ersonnen / es mit Müß, Schweiß und Angst gewonnen. / Genug, ich bin reich / drum – ich auf euch!
IN BAD SALZUNGEN HABEN SIE ganz andere Sorgen: Ein großer Einkaufsmarkt hat in einem Wohngebiet geschlossen. Was nun? Die Bürger liefern zum Bürgermeister und der soll sich auch sehr bemüht, aber dabei keinen Erfolg gehabt haben. Es kam die Idee auf, die städtische Wohnungsbaugesellschaft sollte die Halle übernehmen und dann

weitervermieten. Aber: Als die Halle errichtet wurde, hatte man auf Wärmedämmung verzichtet und so stiegen die Heizkosten beträchtlich. So hoch, dass die in Frage kommenden Interessenten abwinkten. Nun bliebe nur die Möglichkeit, dass die Wohnungsbaugesellschaft die Halle „abwärmt“, aber das kostet wiederum so viel, dass der Mietpreis extrem steigen würde. Also wird es wohl bei der geschlossenen Halle bleiben. Der Bürgermeister soll gesagt haben, dass er froh sei, dass sich wenigstens die Post angesiedelt habe und auch ein kleiner Lebensmittelladen. Murrmelte einer aus unserer Runde: „Es gibt heutzutage alles zu kaufen, nur keine Auswege...“

IN MEININGEN SIND SIE PFIFFIG: Leerstehende Wohnungen werden als Ferienwohnungen angeboten! Die Idee hat sich in Neufünfland inzwischen herumgesprochen und so lassen sich für diejenigen, die nicht die Mittel haben, im Internet mal kurz Gran Canaria zu buchen, Wohnungen – mit Küche, Mikrowelle, Herd und Kühlschrank – zum Beispiel im Meininger Wohnblock Am Steingraben buchen. Nur die Bettwäsche und die Handtücher müssen mitgebracht werden. Aber wir können gern bestätigen: Meiningen ist ein durchaus attraktives Urlaubsziel. Und wissen auch: An der Ostsee sind solche Ideen auch in Mode gekommen.

ALS WIR EIN PAAR TAGE

SPÄTER nach Anhalt kamen, erzählten sie uns in Stendal, dass dort der attraktive Jugendclub Süd schließen wird. Man meinte, er stünde in einem sterbenden Stadtviertel und deshalb seien seine Tage gezählt. Er war in den achtziger Jahren errichtet und in den neunziger modernisiert worden. In einer „Muckibude“ konnten überschüssige Kräfte abgeschwitzt werden. Ein Grund für die Schließung: Der Klub ist nicht mehr so ausgelastet wie früher. Zudem wird die Nebenam-Schule geschlossen und dadurch verschwindet auch die Heizung. Nun also wird der Klub in die leerstehenden Räume der Kita „Regenbogenland“ ziehen. Allerdings können die Fitnessgeräte nicht mitziehen. Da musste ich wieder an den Spruch des Kumpels aus dem Thüringer Wald denken – siehe oben. • **KLAUS HUHNS**

Rosa Luxemburg

fl : 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Montag, 10. September, 17 Uhr, Leipzig
 Finissage *Alex Bär im Gespräch mit Annika Michalski zur Ausstellung „Weltzirkus. Mensch“*. Empfang und Rundgang.
 Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 12. September, 18 Uhr, Leipzig
 Film und Diskussion: *Bahn unterm Hammer – Unternehmen Zukunft oder Crash-Fahrt auf den Prellbock?* Mit Dr. Ralf Vogel, Politikwissenschaftler, Dresden, und Frank Janouschek, Lokführer, Rackwitz, beide Initiative „Bahn von unten“.
 Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 12. September, 19 Uhr, Dresden
 Film und Buch: *Und dennoch Hoffnung. Peter Weiss*. Mit dem Autor Dr. Jens-Fietje Dwars, Philosophiehistoriker, Jena. ***
 WIR AG, Martin-Luther-Str. 21

Dienstag, 18. September, 18 Uhr, Leipzig
 Vortrag und Diskussion: *Wie lange kann man in einer Nische leben? Die Völkerkunde an der Leipziger Universität 1945 bis 1990*. Mit Prof. Dr. Dietrich Treide, Ethnologe, Machern.
 Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 19. September, 18 Uhr, Leipzig
Max Klingers „Beethoven“ – Das Kunstwerk im Geiste Richard Wagners. Mit Thomas Strobel, München/Leipzig. In Zusammenarbeit mit dem Bürgerverein Musikviertel e. V.
 Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 19. September, 19 Uhr, Dresden
 Debatte: *Die Spaltung der Palästinenser: Welche Folgen ergeben sich aus der Machtergreifung der Hamas in Gaza für die Bemühungen um einen unabhängigen Staat Palästina?* Mit Nabil Yacoub, Journalist, Vorstandsvorsitzender der Organisation für Menschenrechte in den Arabischen Staaten /Deutschland (OMRAS). In Zusammenarbeit mit Ausländerrat Dresden e. V. ***
 Internationales Begegnungszentrum, H.-Zille-Str. 6

Freitag, 21. September, 9.30 Uhr, Chemnitz
 Buchvorstellung und Gespräch: *Ich war Hitlerjunge Salomon*. Mit dem Autor und Zeitzeugen Salomon (Sally) Perel, Israel. In Zusammenarbeit mit VVN-BdA, Auftaktveranstaltung zu den Interkulturellen Wochen. ***
 Dr. Wilhelm André Gymnasium, Henriettenstr. 35

Sonnabend, 22. September, 12 Uhr, Chemnitz
 Eröffnungsveranstaltung der Interkulturellen Wochen in Chemnitz *Teilhabe – Teil werden*.
 Neumarkt

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt. Die Veranstaltungen sind öffentlich.

Initiative Christliche Linke

10. 9., 18 Uhr, Gemeindegottesdienst der Nikolaikirche Leipzig, Prof. Dr. Manfred Neuhaus, Vortrag: *Kirchen- und religionsgeschichtliche Studien von Karl Marx (1853/54)*

Deutscher Freidenker-Verband
 Leipzig, Gottschedstr. 31 (HH)

20. 9., 16.30 Uhr: Der Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche – Mahnmahl und Symbol für den Frieden. Vortrag: Eberhard Bertram.

SZM

Stadtteilzentrum Messemagistrale Leipzig, Straße des 18. Oktober 10a

19. 9., 14.30 Uhr: Musikalischer Nachmittag für und mit Senioren.

21. 9., 19 Uhr: Volleyball mit anschließendem Grillen

Carl-Schorlemmer-Apotheke



Inhaber:
 FSD PhR Friedrich Roßner
 Fachapotheker für
 Allgemeinpharmazie
 Karlsruher Straße 54
 04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58
 Arzneimittel-Information
 Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
 Büro / Apothekenleiter

Bürgerforen

mit den Bundestagsabgeordneten/Beordneten der Fraktion DIE LINKE

Freitag, 7. September, 18.30 Uhr, Bürgerverein Volkmarshaus, Konradstr. 60 a:

Die steuerpolitische Sprecherin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Dr. Barbara Höll, lädt zu einem Bürgerforum „Die neue LINKE.“ ein.

Donnerstag, 27. September, 18 Uhr, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Harkortstr. 10:

Im Rahmen der Interkulturellen Wochen laden die integrationspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Sevim Dagdelen, und die stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Dr. Barbara Höll, zu einem Bürgerforum „Das alternative Integrationskonzept der LINKEN“ ein.

Danksagung

Tief berührt von den vielen Zeichen der Anteilnahme und ehrendem Gedenken an die Persönlichkeit und wissenschaftliche Leistung von

**Prof. Dr. phil. habil.
 Helmut Seidel**

danken wir allen seinen langjährigen Weggefährten und Mitstreitern für eine bessere Welt.

Unser besonderer Dank gilt Prof. Dr. Siegfried Kätzel und Prof. Dr. Reinhard Mocek für ihre warmherzigen und würdigenden Worte, der Spinoza-Gesellschaft für ihre ehrenvolle Anteilnahme, der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. sowie Manfred und Giesela Neuhaus für ihre hilfreiche Unterstützung in schweren Tagen.

Prof. Dr. Jutta Seidel

im Namen der Familie

Leipzig, im August 2007



SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V., Sparkasse Leipzig,

Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860 555 92,

Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Bestellschein

bitte ausgefüllt schicken an:

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

evtl. Telefon

ANSCHRIFT UND KUNDEN-NR. des Werbers* bzw. Geschenkgebers*

* Nichtzutreffendes bitte streichen

Kundennummer

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor** Bezugsende in der Redaktion kündige.

- Ich bitte um Rechnung
- Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

- Studierendenabo** (13 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises
- Probeabo** (3,50 Euro für ein Vierteljahr)

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Der Blick nach unten

Auswirkungen der Handy-Manie

Einer der der hierzulande meistzitierten Filmsätze: „Ich seh' dir in die Augen Kleines“, wird seit langem ad absurdum geführt. Erst dieser Tage ist es wieder auf Leipzigs Straßen und Plätzen zu beobachten. Junge Leute schauen sich nicht mehr in die Augen, sondern senken den Kopf nach unten ... und schauen auf ihre Hände.

Keine Handleserei, sondern in der linken oder rechten Hand liegt ihr Liebling: ein Handy. Das muss natürlich ständig gedrückt und angeschaut werden, wie eine Freundin oder ein Freund. Denn gerade jetzt könnte ja auch eine „total wichtige SMS“ auf dem Display angezeigt werden. Keinen Blick mehr für Häuser, Straßen, Natur oder Gesichter. Mitunter noch als Zusatz zwei Stöpsel im Ohr, um sich völlig auszuklinken. Ja, auch so kann man demonstrieren, dass einem diese Gesellschaft überhaupt nicht mehr interessiert.

Kürzlich landete so ein junger Nach-Unten Gucker im Mittags-Blöd-Talk von RTL und behauptete steif, sich verliebt zu haben, in eine junge Lady, die er zwar noch nie gesehen habe, mit „der man sich aber toll unter-



„Wann ruft denn meine Mieze endlich zurück?“

Foto: Eilitzer

halten kann“, per SMS. Ja, und er liebe Sie! Dieser Mensch war kein Witzbold sondern höchst real und ca 20 Jahre jung. Die Angebotete wurde von der Redaktion in die Sendung eingeladen, sah den Typen und fragte: „Willst Du mich heiraten?“

Sind das Naivität, falsche Gefühle oder eine höchst reale Lebens- und Liebesunfähigkeit? Vielleicht, denn die beiden sind leider kein Einzelfall. Übrigens: Mein Weg führte mich doch erhobenen Hauptes, denn ich musste ja die Ampeln im Blick haben, über den Ring Richtung Telekom. Jener gro-

ßer Verein bei dem es auch in der Kasse klingelt, wenn sich Kulturbanausen den Ludwig van ... (wie hieß der doch gleich weiter?) als Klingelton heruntergeladen haben. Da ich mir immer noch nicht abgewöhnt habe, ab und an mal in Schaufenster zu schauen, erhaschte ich bei Telekoms in der Leipziger Querstraße einen nagelneuen Handy-Werbespruch: **QUATSCH DICH LEER** ... was zu beweisen war!

• MIC

Hausfriedensbruch mittels Telefon ...

so bezeichnete Günter Wallraff kürzlich in der Leipziger Moritzbastei im FIGARO-Radio-Cafe den zunehmenden Klingel-Wahnsinn der ungebeten Call-Center-Telefon-Stimmen.

Sofort Auflegen ... rät er allen Genervten.

Der Autor hatte sich jetzt in dieser betrügerischen Branche (inkognito) einem erneuten Selbststet unterworfen. Derzeit entsteht eine Film-Dokumentation über das Erlebte.

Spiele ohne Grenzen?

Wollte man am vorletzten Augustwochenende mit 16 Richtung Messegelände fahren, durfte man nicht an Platzangst leiden. Die vorwiegend jugendlichen Fahrgäste störte dies jedoch kaum. Das Ziel der Games-Convention verband alle in einer heiteren Klassenfahrtatmosphäre. Endlich am Neuen Messegelände angekommen, versorgte kostenlos ausgeschenkte Cola die Besucher mit Energie. Diese war auch nötig, wollte man möglichst viel vom abwechslungsreichen Programm in den vier Hallen erleben. Von Onlinewelten über Strategiespiele bis hin zu den immer wieder heiß diskutierten Ego-Shootern war alles vertreten. Der Jugendschutz sollte, wie in den fünf Jahren zuvor, folgendermaßen gewährleistet werden: Spiele ab 16 oder 18 Jahren sollten in abgesperrten Bereichen nur denjenigen zugänglich sein, die gegen Vorlage des Personalausweises ein dem Alter entsprechendes farbiges Papierarmband am sogenannten „Bändchen-Point“ erhalten



Im Bereich GC family konnten neue Lernprogramme getestet werden.

Foto: Jan Radtke

hatten. Diese Methode scheint jedoch nicht ausreichend durchdacht, da jüngere Besucher mit älteren BegleiterInnen leicht in den Besitz eines solchen gelangen konnten.

Doch wer nun glaubt, dass man als Besucher nur vor Konsolen und PCs sitzen oder stehen konnte, liegt vollkommen falsch. Wer wollte, konnte auch körperlich aktiv werden und am Stand der Leipzig Lions einen Football werfen oder sich auf dem „Outdoor-Gelände“ im Beachvolleyball üben. Zudem sorgten ein Autoskooter und ein Riesenrad für etwas Jahrmarktstimmung. Selbst Institutionen, die in keinerlei Verbindung mit Spiel und Spaß stehen, hatten es sich nicht nehmen lassen, auf der Games-Convention anwesend zu sein: Die Bundesagentur für Arbeit und die Bundeswehr wollten sich jugendfreundlich präsentieren – mit mäßigem Erfolg. Während sich vor Trailerkinos Schlangen bildeten, herrschte an ihren Ständen zum Glück gähnende Leere.

• INA RADTKE

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

In Ekuador sind gerade mal 15 Prozent der Bevölkerung krankenversichert.

DLF 18. 8.

In der BRD werden nur 16 Prozent der Güter auf der Bahn transportiert

Eine Allgemeinbildung findet an BRD Gymnasien nicht statt. Alles was mit Technik zu tun hat, gehört in die Grund- und Hauptschulen.

beides DLF 20. 8.

Die Bundeswehr in Afghanistan verschanzt sich immer mehr in ihren Camps. Über ihren Sender hören die Soldaten jeden Abend traditionsgemäß das Lied der „Lilli Marleen“.

ZDF 21. 8.

Rund eine Million Nutztiere werden täglich quer durch Europa gekarrt.

DLF 25. 8.

Die meisten Deutschen finden schlecht, was die Merkel macht – Rente mit 67, Hartz IV, Afghanistan. Aber sie finden, das Schlechte macht sie ganz gut.

WDR 25. 8.

In Südkorea gibt es 25 000 Computerspielhallen. Gespielt werden meist Kampf- und Kriegsspiele. Es gibt Tausende Profispieler. Die südkoreanische Luftwaffe unterhält eine eigene Profimannschaft.

Phoenix 26. 6.

Eine Bank ist doch der Stolz jedes Landesfürsten. Und so fühlen auch der Gründer der Sachsen-LB, Milbradt, seine Regierung ...

Man muss sich auch einmal ansehen, woher denn die jetzigen Chef-Ideologen der NPD im Osten gekommen sind – sie sind alle aus dem Westen.

Ehemaliger Innenminister Eggert
beides DLF 26. 8.

Von 5000 Sonnenstudios in der BRD haben nur 153 ein amtliches Prüfungszeugnis. Jeder kann oh-ne Vorkenntnisse ein Studio eröffnen. 16 Millionen Bundesbürger, vor allem junge, legen sich ständig auf die Bank.

Verbraucherzentrale im August

• GEFUNDEN VON
MANFRED ERBE

Volksherrschaft: das deutsche Wort für Demokratie, welche im Umkehrschluss ein Fremdwort für Volksherrschaft ist.

Wahlteilnahme: reziproscher Pawlowscher Reflex, der nicht auf Erinnern, sondern auf Vergessen beruht.

Realpolitiker: Anhänger einer Politik, die von der Realität ausgeht, wie er sie sich vorstellt.

REINHARD LOCHNER



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e. V.,
V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

E-Mail: redaktion@leipzig-neue.de

Internet: www.leipzig-neue.de

Einzelpreis: 1,30 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung,

Anzeigen, Werbung:

Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagservice,

Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig,

Tel./Fax Redaktion: 0341 / 21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht haftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

3. September 2007

Die nächste Ausgabe erscheint am

21. September 2007

Spendenkonto

für Projekt Linke Zeitung e. V. bei der

Sparkasse Leipzig,

BLZ: 860 555 92,

Konto: 11 50 11 48 40